



Fotos: fivepointsix, Thomas Pajot / Adobe Stock; Montage: SoVD

Unternehmerisches Denken und die Behandlung von Menschen lassen sich oftmals nicht sinnvoll miteinander verbinden.

SoVD: Krankenhausreform muss bessere Versorgung aller Menschen sicherstellen

„Gesundheit geht vor Kommerz“

Schlechte Ausstattung und zu wenig Personal – Deutschlands Kliniken können Patient*innen kaum noch angemessen versorgen. Eine von der Regierung eingesetzte Kommission schlug daher eine Krankenhausreform vor. Dabei gehe es laut Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) um „weniger Ökonomie und mehr Medizin“. Diesen Ansatz begrüßt der SoVD. Seit Langem schon kritisiert der Verband den hohen Kostendruck im Gesundheitswesen.

Anfang Dezember stellte die Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung ihre Pläne vor. Nach diesen sollen Menschen im Krankenhaus künftig weniger unter wirtschaftlichen Kriterien und mehr nach medizinischen Gesichtspunkten behandelt werden. Dass dies bisher offensichtlich nicht geschieht, ist nüchtern betrachtet ein Skandal.

Änderungsbedarf sieht die Kommission unter anderem bei

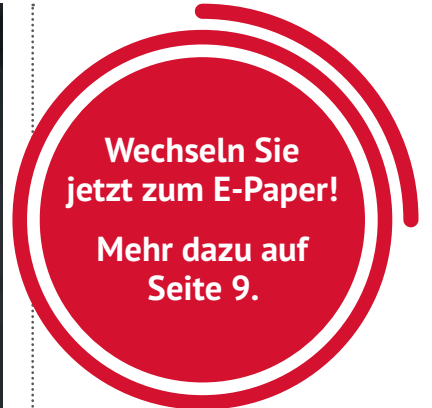
dem bestehenden System der Fallpauschalen. Hierbei erhalten Kliniken eine Bezahlung nach der jeweils behandelten Diagnose, nicht aber nach der tatsächlich erbrachten Leistung.

Pauschalen führten zu erheblichen Fehlanreizen

Das Verfahren sollte die Wirtschaftlichkeit von Krankenhäusern erhöhen. In den Hintergrund rückte dabei allerdings die Qualität einzelner Behandlungen: Je mehr Fälle, so die

Logik, desto höher am Ende der Gewinn. Doch vor allem kleine Kliniken im ländlichen Raum, die eine Grund- und Notfallversorgung anbieten, scheitern an diesem System. Obwohl er selbst an der Einführung der Fallpauschalen beteiligt war, sieht Gesundheitsminister Lauterbach diese mittlerweile kritisch. Bei der Vorstellung der Pläne für eine Krankenhausreform gab er zu: „Wir haben die Ökonomie zu weit getrieben.“

Fortsetzung auf Seite 2



Wechseln Sie
jetzt zum E-Paper!
Mehr dazu auf
Seite 9.

Vierte Stufe der Ausgleichsabgabe

Höhere Zahlung ab 2024
Seite 8



Engpässe bei Medikamenten

Viele Arzneimittel sind in Apotheken nicht erhältlich
Seite 4



Rechte im Behandlungsfall

Gesetz regelt Ansprüche von Patient*innen
Seite 5



Neu in diesem Jahr

Gesetze, Regelungen und Reformen
Seite 6 + 7



Anzeige

Das gute Gefühl, vorgesorgt zu haben.

Attraktiver Versicherungsschutz für die Mitglieder des Sozialverbandes SoVD Deutschland e.V.

Sie und Ihre Angehörigen können von unseren vorteilhaften Vorsorge- und Versicherungsangeboten profitieren. Unser Portfolio reicht von der Sterbevorsorge über die Unfallversicherung bis hin zur privaten Haftpflichtversicherung.

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeitsorganisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)
www.ergo.de/vereine-und-verbaende

ERGO



Der SoVD-Bundesvorstand und die Vorstandsvorsitzende wünschen allen SoVD-Mitgliedern und Freund*innen unseres Verbandes ein gutes und gesundes Jahr 2023!

SoVD: Krankenhausreform muss eine bessere Versorgung aller Menschen sicherstellen

„Gesundheit geht vor Kommerz“

Fortsetzung von Seite 1

Der SoVD begrüßt die Abkehr von den Fallpauschalen. Für den Verband steht seit Langem fest, dass sich kommerzielle Erwägungen mit einer notwendigen und angemessenen Versorgung von Patient*innen nur schwer vereinbaren lassen. So habe der Kostendruck im Krankenhausbereich in den letzten Jahren immer häufiger zu Einsparungen geführt, während gleichzeitig dringend benötigte Investitionen ausblieben. Auch an diesem Punkt setzen die Vorschläge der Kommission an. Doch was soll sich konkret ändern?

Einteilung von Kliniken in Versorgungsstufen

Bisher bieten Krankenhäuser unterschiedliche Leistungen an und haben hierfür entsprechende Fachabteilungen gebildet. Meist waren dafür jedoch wirtschaftliche Erwägungen ausschlaggebend. Die Reform sieht vor, dieses System der Kliniken in Versorgungsstufen („Level“) mit einheitlichen Mindestanforderungen neu zu ordnen und gezielt zu finanzieren. Für Notfälle oder grundlegende chirurgische Eingriffe wäre die wohnortnahe

Grundversorgung („Level 1“) zuständig. In weitere Stufen unterteilt würden Krankenhäuser, die eine Schwerpunktversorgung anbieten („Level 2“), oder, wie zum Beispiel Universitätskliniken, eine Maximalversorgung leisten („Level 3“).

Bezahlung zugeordnet nach Leistungsgruppen

Ebenfalls verbessern soll sich die Qualität durchgeführter Behandlungen oder Operationen. Zu diesem Zweck werden mit Blick auf deren Bezahlung Leistungsgruppen definiert und einzelnen Fachgebieten genauer als bisher zugeordnet. Das soll bewirken, dass künftig etwa Krebsbehandlungen in dafür auch tatsächlich zertifizierten Einrichtungen erfolgen. Das nimmt Krankenhäusern den Druck, immer mehr Fälle behandeln zu müssen, und gibt den dort versorgten Menschen mehr Sicherheit.

Zuletzt hatte die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) unter anderem die Behandlung von Brustkrebs in dafür nicht ausgestatteten Krankenhäusern kritisiert. Mehr als 40 Prozent dieser Kliniken, so der AOK-Bundesverband, seien dafür überhaupt

nicht zertifiziert. Dabei sei die Sterblichkeit von Patientinnen in solchen Fällen deutlich höher.

Fester Betrag für Vorhaltekosten geplant

Auch an anderer Stelle will die Kommission festgefahrene Strukturen durchbrechen. So entstehen den Krankenhäusern etwa hohe Kosten für Personal und Medizintechnik oder für den Betrieb von Notaufnahmen. Obwohl diese Ausstattung nicht durchgängig im Einsatz ist, muss sie dennoch jederzeit verfügbar sein. Wie wichtig dies für die Daseinsvorsorge ist, zeigt nicht zuletzt die aktuelle Notlage auf vielen Kinderstationen (siehe unten). Künftig sollen Kliniken daher für entsprechende Fixkosten einen anteiligen Betrag erhalten.

Bundesländer müssen ihrer Verantwortung nachkommen

SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer sieht darüber hinaus jedoch weiteren Reformbedarf. Deutlich kritisierte sie vor allem die strukturelle Unterfinanzierung von Krankenhäusern. An die für Investitionen zuständigen Länder appellierte Engelen-Kefer, ihrer



Fotos: spotmatikphoto, rupbilder / Adobe Stock; Montage: SoVD

Im Krankenhausbereich geraten wirtschaftliche Aspekte zu oft in Konflikt mit der gesundheitlichen Versorgung von Patient*innen.

Verantwortung endlich nachzukommen. Seit Jahren erhielten Kliniken von dieser Seite nur etwa die Hälfte der ihnen gesetzlich zustehenden Mittel. In der Folge müssten Einrichtungen immer wieder Gelder aus der Krankenversicherung abzweigen, wo diese dann fehlen.

SoVD: Kostendruck verschärft Pflegenotstand

Die von der Kommission gemachten Vorschläge sollen über einen Zeitraum von fünf Jahren schrittweise umgesetzt werden. Angesichts der umfangreichen

Aufgabe erscheint das nachvollziehbar. Weitaus skeptischer bewertet der SoVD dagegen die Aussage von Bundesgesundheitsminister Lauterbach, wonach diese Reform ohne zusätzliche Gelder auskomme. Seit Jahren läuft der Verband Sturm gegen eine Sparpolitik, die den Pflege- und Personalnotstand immer weiter verschärft hat. Für den SoVD stehen Investitionen in eine moderne Krankenhausstruktur jetzt an erster Stelle, damit die Versorgung von Menschen wieder in den Mittelpunkt rückt. *Joachim Schöne*

Praxen und Kliniken überfüllt

Krisenhilfe für Kindermedizin

Eltern mit kranken Kindern kämpfen seit Wochen mit vollen Praxen. Zudem sind wichtige Medikamente nicht verfügbar (siehe Seite 4). Auch die Kinderstationen in den Krankenhäusern sind restlos überfüllt. Teilweise müssen schwerst- kranke Kinder Hunderte Kilometer verlegt werden, weil es an ihrem Wohnort keine Betten mehr gibt. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte warnte daher eindringlich vor gravierenden Risiken für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will vor diesem Hintergrund Geld für zusätzliches Personal bereitstellen. Außerdem sollen Krankenkassen Vorgaben zur Personalbesetzung vorerst nicht prüfen. An die Eltern appellierte Lauterbach, Vorsorgeuntersuchungen zu verschieben. Auch die Versorgung von Kindern mit Arzneimitteln will der Minister verbessern. Zu diesem Zweck sollen Krankenkassen für entsprechende Medikamente künftig mehr bezahlen. *jos*

Zuschusszahlungen als zusätzliche Einnahmequellen geplant – Gesetzentwurf verspätet sich

Zweites Rentenpaket kommt erst 2023

Preisbremsen für Strom und Gas, Chancen-Aufenthaltsrecht, Energiepreispauschale für Studierende, Wahlalter 16 für Europawahlen: In seiner letzten Sitzung im Jahr 2022 hat der Bundesrat einer Vielzahl von Gesetzen zugestimmt. Das seit Langem angekündigte Rentenpaket II gehört nun (doch nicht) dazu. Den entsprechenden Gesetzentwurf wird Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) erst 2023 vorlegen. Begründet wurde die Verzögerung auch damit, dass das Rentenpaket nach dem Mindestlohn und dem Bürgergeld ein weiteres Großprojekt aus dem Arbeitsministerium sei, das viel Energie und vor allem erhebliche Vorarbeit erfordere.

Mit dem Rentenpaket II will die Koalition das Rentenniveau auch für die Zeit ab 2025 bei 48 Prozent des Durchschnittsgehalts stabilisieren. Anders als ursprünglich geplant und abweichend von entsprechenden Presseberichten soll mit dem Vorhaben nicht der Einstieg in die sogenannte Aktienrente verbunden werden. Diese hatte damals die FDP vor den Wahlen vorgeschlagen; der SoVD hatte dies stark kritisiert.

Nach aktuellem Stand sind nun über einen staatlichen Fonds Zuschusszahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung geplant. Die Erträge dieser Aktienrücklagen sollen Mitte der 2030er-Jahre zweckgebunden an die Rentenversicherung fließen und deren Finanzen verbessern. Die Zuschüsse sind als zusätzliche Einnahmequelle angedacht. Deshalb brauchen Beitragszahler*innen nicht zu befürchten, dass ihre gesetzliche Rente am Aktienmarkt angelegt



Foto li.: Michael Kappeler / pa, dpa; Foto re.: Thomas Trutschel / pa, photothek

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bereiten das Rentenpaket vor.

wird und dass am Ende von den Altersbezügen nichts übrig bleiben könnte.

Der SoVD ist allerdings skeptisch, dass das angedachte Konzept vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen und der jahrelangen Niedrigzinsphase über-

haupt sinnvoll ist. So erscheint es zumindest fraglich, ob ausreichend Erträge auf dem Kapitalmarkt erzielt werden können. Das ist wenig kalkulierbar.

Nach Überzeugung des SoVD brauchen Menschen für ihre Altersvorsorge vor allem Sicherheit.

Deshalb ist aus Verbandssicht auf dem Aktienmarkt grundsätzlich keine gute Rentenpolitik zu machen. Die größte Sicherheit bietet den Beitragszahlenden das umlagefinanzierte System der gesetzlichen Rentenversicherung. Es bleibt deshalb die beste Option.

Hinsichtlich der geplanten Zuschüsse bleibt es für den SoVD maßgebend, dass auch in weiterer Zukunft keine Gelder aus den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung in die Aktienrücklage fließen dürfen. Denn das würde dann doch noch – über den offen gelassenen Spalt in der Tür – den Einstieg in die Aktienrente oder eine Kapitaldeckung bedeuten. Der SoVD erwartet mit großer Spannung, dass der lang angekündigte Entwurf des zweiten Rentenpakets baldmöglichst auf den Tisch gelegt wird. Er wird das Gesetzgebungsverfahren aufmerksam begleiten. *Veronica Sina*

DBR-Veranstaltung mit Podiumsdiskussion zum Welttag der Menschen mit Behinderung

Mehr gesetzliche Vorgaben gegen Barrieren

Inklusion ist ein Menschenrecht. Nach wie vor gibt es jedoch in Deutschland viele Barrieren. Sie hindern Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt in der Gesellschaft zu leben. Am 2. Dezember fand deshalb in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle eine Veranstaltung statt. Ihr Motto lautete: „Ich bin nicht behindert – ich werde behindert!“. Betroffene berichteten über ihre Erfahrungen im Alltag und was sie von der Politik fordern. Dies wurde im Internet live übertragen. Dazu gab es eine Gebärdensprachdolmetschung und eine Begleitung in Leichter Sprache.

Zum Auftakt sprach die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. Sie war am 1. September als neue hauptamtliche Vorstandsvorsitzende des SoVD und Sprecherratsvorsitzende des Deutschen Behindertenrates (DBR) angetreten. Sie dankte zuerst dem langjährigen ehemaligen Präsidenten des SoVD, Adolf Bauer, der sich in seiner Amtszeit jahrzehntelang für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingesetzt hatte. Auch ihr sei es ein großes Anliegen, auf Barrieren aufmerksam zu machen und diese abzubauen, sagte Engelmeier.

Dazu gehören unterbrochene Leitsysteme, kaputte Aufzüge oder undeutliche Ansagen.

Auch Menschen mit kognitiven Einschränkungen stoßen auf viele Barrieren, die ihnen das

Fortbewegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschweren oder unmöglich machen.

In den Filmbeiträgen ging es auch um die Situation auf dem Arbeitsmarkt und um den Umgang mit beeinträchtigten Menschen. So kam Marie Lampe von den „Sozialhelden“ zu Wort. Sie berichtete: „Wenn ich eine Begleitperson dabei habe, werde ich meist ignoriert. Dabei kann man mich ruhig fragen, ob ich Hilfe benötige.“

Nach den Filmen wurde über die Beiträge gesprochen. SoVD-Bundespressesprecher Peter Zernechel moderierte die Diskussion. VdK-Präsidentin Verena Bentele, die aus München der Runde zugeschaltet war, erklärte, dass sie sich in den Beiträgen wiederfinde. Sie forderte: „Es bringt nichts, die Überwindung von Barrieren den Einzelnen zu überlassen. Wir brauchen dazu mehr gesetzliche Vorgaben!“

Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel berichtete ebenfalls aus persönlicher Erfahrung: „Wenn man bei der Bahn etwa den Mobilitätsservice bucht, wird man zur Türe begleitet, aus versicherungstechnischen Gründen jedoch nicht zum Platz.“ Barrierefreiheit habe nicht allein eine soziale Dimension, sondern müsse Standard für ein modernes Land sein, betonte Dusel.

SoVD gibt Vorsitz im DBR-Sprecherrat weiter

Mit Benedikt J. Sequeira Gerardo und Marius Schwahn waren zwei Akteure aus den Videos auf dem Podium. Sie sprachen vor allem über ihre Erfahrungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Am Ende der Veranstaltung übergab die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier den Staffelstab an Barbara Vieweg von Weibernetz e. V. Die Organisation wird das DBR-Sekretariat im nächsten Jahr leiten. Die neue Sprecherratsvorsitzende, Dr. Sigrid Arnade, begrüßte die Anwesenden per Videobotschaft aus dem Urlaub in Tasmanien.

Gemeinsam werden sich alle im Deutschen Behindertenrat zusammengeschlossenen Organisationen auch 2023 für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Der DBR repräsentiert mehr als 2,5 Millionen Betroffene. 2022 hatte der SoVD den Vorsitz im Sprecher*innenrat zum sechsten Mal inne.

Veronica Sina

Alle Videos finden Sie unter www.sovd.de/welttag2022.



Influencerin Ninia LaGrande (re.) interviewt Marie Lampe von den Sozialhelden.



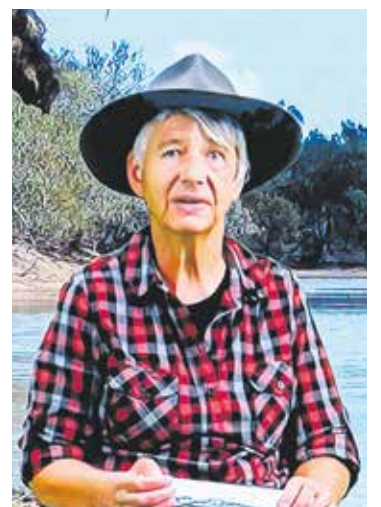
Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (li.) übergibt den DBR-Staffelstab an Barbara Vieweg von Weibernetz e. V.



Mit Marius Schwahn (li.) und Benedikt J. Sequeira Gerardo (re.) waren zwei Akteure aus den Videos vor Ort – hier mit SoVD-Pressesprecher Peter Zernechel und Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für Menschen mit Behinderung (2. v. re.).



VdK-Präsidentin Verena Bentele war aus München zugeschaltet.



Dr. Sigrid Arnade, die neue DBR-Sprecherratsvorsitzende, begrüßte per Videobotschaft.



Hannelore Loskill, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (BAG-S), war ebenfalls Podiumsteilnehmerin.

Videos lenkten den Blick auf Barrieren im Alltag

Danach wurden drei kurze Filme vorgeführt. Darin zeigte DBR-Reporterin Ninia LaGrande Alltagssituationen aus dem Leben von Menschen mit Behinderungen. Die Videos machten deutlich, wie ihnen Barrieren das Leben schwer machen – ob bauliche Maßnahmen, übertriebene Bürokratie oder fehlende Möglichkeiten zur digitalen Teilhabe. In den Berichten ging es auch um persönliche Erfahrungen im öffentlichen Personennahverkehr, besonders mit der Deutschen Bahn. Denn obwohl Barrierefreiheit seit Langem gesetzlich vorgeschrieben ist, können Menschen mit Behinderungen davon wenig spüren.

Wer sehbehindert, blind, hörgeschädigt ist oder im Rollstuhl sitzt, muss viele Hindernisse überwinden, um zu reisen.

Alle Fotos: Wolfgang Borrs

SoVD im Gespräch



Foto: Bundesregierung / Steffen Kugler

Vorne, v. li.: SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, Horst Frehe (ISL), Verena Bentele (VdK), Bundeskanzler Olaf Scholz, Hannelore Loskill (BAG-S) und Anieke Fimmen (SoVD); hinten, v. li.: Marc-Oliver Essen (SoVD), Martina Puschke (Weibernetz), Dorothee Czennia (VdK) und Bettina Stevener-Peters (BAG-S).

DBR in großer Runde bei Kanzler Scholz

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) empfing am 5. Dezember den SoVD und weitere DBR-Vertreter*innen zum Gespräch in offener Atmosphäre. Den Sprecherrat begleiteten Mitglieder des Arbeitsausschusses und Sekretariates. Auch vom Kanzleramt nahmen Mitarbeitende teil.

Themen waren Barrierefreiheit, Reformen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und Behindertengleichstellungsgesetzes, der Aktionsplan barrierefreie Gesundheitsversorgung sowie Assistenz im Krankenhaus.

Menschenrechtsinstitut sieht Bund in der Pflicht

„Pakt für Inklusion“

Trotz klarer gesetzlicher Vorgaben fehlt in vielen Bundesländern weiterhin ein inklusives Schulsystem. Das Deutsche Menschenrechtsinstitut fordert vom Bund daher einen „Pakt für Inklusion“.

Seit 2009 gilt die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) in Deutschland. Demnach sollen Förderschulen dem gemeinsamen Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen weichen. Der Aufbau eines inklusiven Schulsystems kommt jedoch nur in sehr wenigen Bundesländern voran. Darauf weist das Deutsche Menschenrechtsinstitut in seinem kürzlich vorgestellten Jahresbericht hin.

Da die für Bildung zuständigen Länder bei der Reform keine Fortschritte machen, sieht das Institut den Bund in der Verantwortung. Dieser solle die Grundsätze eines inklusiven Schulsystems gestalten und die Bundesländer langfristig mehr finanzielle Mittel erhalten. Die im Koalitionsvertrag angekündigte „engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation“ sollte in einen Staatsvertrag als „Pakt für Inklusion“ münden.



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Ein inklusiver Unterricht fördert Respekt und Wertschätzung.

Aus Hartz IV wird automatisch das neue Bürgergeld

Hilfe ohne Hürden

Zum Jahresbeginn startete das Bürgergeld. Hartz-IV-Beziehende müssen hierfür aber keinen neuen Antrag stellen. Darauf wies das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hin. Betroffene erhielten die neue Leistung demnach automatisch.

Das Bürgergeld verspricht höhere Sätze. Statt Hartz IV gibt es seit diesem Jahr die neue Grundsicherung. Für Anträge sind nach wie vor die örtlichen Jobcenter zuständig. Laut Bundesministerium bleibe das Verfahren zur Bewilligung von Leistungen trotz der Umstellung unverändert. Wer bereits Geld erhält, müsse erst einmal nichts tun.

Selbst wer seinen Antrag auf Leistungen noch im alten Jahr gestellt hat, könne sich erst einmal zurücklehnen. Denn der Antrag gelte gleichfalls fürs Bürgergeld, da es sich letztlich um Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II handle. Weiterbewilligungsanträge dagegen sollte man nach wie vor rechtzeitig abgeben.

SoVD im Gespräch



Foto: SoVD

Bundestagsabgeordneter und SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert (SPD) mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier (re.) und der zuständigen SoVD-Referentin Anna John.

Zahlreiche Arzneimittel sind derzeit in Apotheken weder vorrätig noch lieferbar

Engpässe bei Medikamenten

Ob Antibiotika, Blutdrucksenker oder Schmerzmittel für Kinder: Wer diese oder andere Präparate in Apotheken verlangt, stößt immer häufiger auf ein Kopfschütteln. Zwar gibt es meist ein Alternativmittel, dennoch warnen Apotheker*innen vor einer möglichen Verschärfung der anhaltenden Lieferengpässe. Für eine bedarfsorientierte Versorgung mit Arzneimitteln setzt sich auch der SoVD ein.

Mit dem Winter gewinnt die Infektionswelle zunehmend an Fahrt. Und ausgerechnet jetzt sind zahlreiche Medikamente nicht verfügbar – egal, ob mit oder ohne Rezept. Das betrifft keinesfalls Nischenprodukte, sondern Präparate, die häufig verschrieben und gerne gekauft werden. Eines von vielen Beispielen sind schmerzlindernde Fiebersäfte für Kinder.

Apothekerverband sieht aktuelle Lage mit Sorge

Als „sehr bedeutend“ bewertete Hans-Peter Hubmann vom Deutschen Apothekerverband das Problem gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Zwar gebe es hin und wieder Lieferengpässe, weil ein Produzent ausfällt. Aber die Menge und die Länge des Ausfalls, so Hubmann, sei deutlich dramatischer geworden.

Ist die Produktion von Arzneimitteln nicht lukrativ?

Die Ursachen für die anhaltenden Engpässe sind vielfältig. Was den Fiebersaft angeht, hätten laut Hubmann in den letzten Jahren nahezu alle Anbieter die Produktion eingestellt. Diese sei aufgrund des finanziellen Drucks und gleichbleibender Festbeträge nicht mehr wirtschaftlich gewesen. Bei Fiebersaft mit dem Wirkstoff Paracetamol muss ein einzelner Hersteller nahezu die gesamte Versorgung in Deutschland gewährleisten. Da derzeit extrem viele Kinder erkrankt sind, steigt die Nachfrage zusätzlich an.



Foto: Jacob Lund / Adobe Stock

Zuletzt waren über 300 Arzneimittel nicht lieferbar. In Apotheken muss daher immer häufiger vertröstet und improvisiert werden.

Dagegen spricht das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte von Problemen beim Verteilen. Die Knappheit sei zumindest teilweise darauf zurückzuführen, dass sich man-

che Apotheken und Großhändler das Lager voll machen und die Präparate andernorts fehlen.

SoVD: Marktwirtschaft sollte nicht an erster Stelle stehen

Apothekerverbände rechnen für dieses Jahr mit zunehmenden Lieferdefiziten. Das hänge mit der Globalisierung zusammen: Zwei von drei Orten, an denen Wirkstoffe für den europäischen Markt produziert werden, liegen in Asien. Dort fallen in der Regel weniger Kosten an. Kommt es dann vor Ort zu Problemen, ist schnell auch die Versorgung in Deutschland gefährdet.

Der SoVD möchte erreichen, dass die Versorgung mit Arzneimitteln nicht allein an marktwirtschaftlichen Zielen und Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Vielmehr sollten Nutzen, Qualität und Bezahlbarkeit an erster Stelle stehen.



Mehr Informationen zum Thema bietet die Broschüre „Arzneimittelpreise“. Sie finden Sie im Internet unter: www.sovd.de/arzneimittelpreise.

SoVD spricht Sozialgipfel erneut an

Die Vorstandsvorsitzende des SoVD, Michaela Engelmeier, traf sich mit dem Bundestagsabgeordneten und Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert. Bei dem Gespräch ging es auch um den vom SoVD und anderen Verbänden eingeforderten Sozialgipfel. In diesem Zusammenhang regte Michaela Engelmeier ein jährliches „Sozial-Gespräch“ mit dem Bundeskanzler an.

Einigkeit bestand auf beiden Seiten darüber, dass die Kinder-

grundsicherung zügig auf den Weg gebracht werden müsse. Es bestünde andernfalls die Gefahr, dass durch die Anhebung des Kindergeldes und des Sofortzuschlags bei den Regelsätzen für Kinder in der Grundsicherung die Umsetzung auf die lange Bank geschoben würde.

Austausch mit Präsidentin des Pflgerates

Über die Pläne für eine Krankenhausreform sprach die Vorstandsvorsitzende des SoVD,

Michaela Engelmeier mit der Präsidentin des Deutschen Pflgerates, Christine Vogler, in einer Videokonferenz. Seit Jahren, so Engelmeier, kritisiere der SoVD die fortschreitende Privatisierung und Ökonomisierung im Gesundheitswesen. Aus Sicht des Verbandes gefährde der zunehmende Kostendruck letztlich die Qualität der Versorgung.

Der digitale Austausch mit Christine Vogler war thematisch zudem von dem akuten Pflege-notstand bestimmt. Diskutiert wurden Ansätze zur Personalgewinnung und zum Wiedereinstieg in den Pflegeberuf sowie eine am Bedarf ausgerichtete Personalbemessung.



Foto: grafikplusfoto / Adobe Stock

Wer seine Rechte und Möglichkeiten kennt, fühlt sich im Krankheitsfall weniger alleingelassen.

Gesetz regelt Ansprüche von Patient*innen und stärkt ihnen den Rücken

Rechte im Behandlungsfall

Im Februar 2013 trat das „Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten“ in Kraft. Es sollte in erster Linie für Transparenz und Rechtssicherheit sorgen. Doch auch zehn Jahre später sind sich viele Patient*innen ihrer gesetzlich verbrieften Rechte entweder gar nicht bewusst oder scheitern daran, diese gegenüber den sie behandelnden Personen durchzusetzen.

Wer sich im Krankenhaus oder in einer Praxis behandeln lässt, hat festgelegte Rechte. Diese regelt das sogenannte Patientenrechtegesetz. Doch nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch durchsetzen. Eine Studie im Auftrag des damaligen Patientenbeauftragten der Bundesregierung förderte noch drei Jahre nach Inkrafttreten der Reform erhebliche Defizite zutage. So war etwa damals nur eine von zehn Personen über die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes informiert.

Patient*innen haben in jedem Fall Anspruch auf umfassende Aufklärung und für sie verständliche Informationen. Das bezieht sich aber keinesfalls allein auf die Behandlungskosten.

Gesetzlich festgelegt ist auch die Pflicht zur Dokumentation. In einer Patientenakte sind neben Aufklärungen, Einwilligungen und Befunden alle im Rahmen der Behandlung relevanten Informationen zu hinterlegen. Besonders wichtig kann diese Akte für den Nachweis eines vermuteten Behandlungsfehlers werden. Daher dürfen Patient*innen jederzeit Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen nehmen und davon Kopien anfertigen.



Foto: grafikplusfoto / Adobe Stock

Gesetzliche Vorgaben sollen ein Wegweiser durch das komplexe Gesundheitssystem sein.

Ärzt*innen müssen über die Diagnose, erforderliche Untersuchungen und die geplante Therapie bis hin zu der voraussichtlichen gesundheitlichen Entwicklung informieren. Dabei sollten sowohl die konkreten Chancen und Risiken als auch alternative Behandlungsmöglichkeiten zur Sprache kommen. Dies soll gewährleisten, dass Patient*innen ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben und über etwaige Eingriffe wohlüberlegt entscheiden können.

Patientenakte kann im Streitfall weiterhelfen

Damit Nachfragen möglich sind, muss die Aufklärung in einem persönlichen Gespräch erfolgen. Dabei sollte sich die behandelnde Person sprachlich auf ihr Gegenüber einstellen, sich also nicht im Fachjargon ausdrücken.

Was konkret regelt das Patientenrechtegesetz?

Grundlage jeder Beziehung zwischen Patient*in und behandelnder Person – gemeint sind Ärzt*innen und Zugehörige anderer Heil- und Gesundheitsberufe – ist der Behandlungsvertrag. Dieser wird in der Regel mündlich geschlossen. Er definiert auf der einen Seite den Anspruch auf eine Behandlung nach den geltenden medizinischen Standards sowie auf der anderen Seite das Recht auf eine angemessene Vergütung erbrachter Leistungen.

An erster Stelle stehen Information und Aufklärung

Die Abrechnung erfolgt bei gesetzlich Versicherten direkt mit der Krankenkasse. Davon ausgenommen sind Leistungen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht oder nur teilweise übernommen werden. Über die anfallenden Kosten muss die behandelnde Person dann aber in jedem Fall vorab informieren.

Wer privat versichert ist, bezahlt die Behandlung dagegen zunächst selbst und rechnet anschließend mit der jeweiligen Krankenversicherung ab. Je nach Vertrag und Art der Behandlung erstattet diese dann die angefallenen Kosten.

Vorsorge für besondere Lebenssituationen treffen

Bei einem Unfall oder einer schweren Erkrankung ist es Betroffenen allerdings nicht immer möglich, selbst in eine Behandlung einzuwilligen oder diese abzulehnen. Für einen solchen Fall empfiehlt es sich, rechtzeitig eine Patientenverfügung zu hinterlegen.

Gut zu wissen: Seit Januar 2023 gibt es in akuten Krankheitssituationen ein sogenanntes Ehegattennotvertretungsrecht. Wenn in einer Ehe eine Person selbst nicht mehr in der Lage ist, Entscheidungen in gesundheitlichen Belangen zu treffen, darf dies der*die Partner*in auch ohne Patientenverfügung tun. Allerdings gilt diese Sonderregelung nur für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten.

Joachim Schöne



Wollen Sie Ihre Behandlungswünsche in einer Patientenverfügung regeln? Dann lassen Sie sich hierzu vorab beraten oder werfen Sie einen Blick in den SoVD-Ratgeber „Patientenverfügung“. Diesen erhalten Sie über Ihren Landesverband oder online unter: www.sovd.de/patientenverfuegung.

Bundesregierung legt Wohnungslosenbericht vor

Alarmierende Zahlen

Über Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland gab es bisher kaum verlässliche Zahlen. Der erste Wohnungslosenbericht liefert nun erstmals umfassende Daten.

Wohnungslosigkeit ist vor allem in Großstädten allgegenwärtig und doch ist über die Betroffenen in Deutschland vieles nicht bekannt. Der erste Wohnungslosenbericht der Bundesregierung, den das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegt hat, bringt etwas Aufklärung und liefert konkrete Zahlen, auch wenn der Bericht keine Gesamtschau leisten kann.

Der Bericht teilt die Betroffenen in drei Gruppen ein: Menschen, die in der Wohnungsnotfallhilfe untergebracht sind, verdeckt wohnungslose Menschen – etwa solche, die bei Freunden oder Bekannten unterkommen – sowie Menschen auf der Straße und in Behelfsunterkünften. Insgesamt zählt die Untersuchung 262.600 Wohnungslose, darunter 6.600 Minderjährige. Mehr als die Hälfte der Befragten gab dabei an, an einer langfristigen Erkrankung oder Behinderung zu leiden.

Deutlich wird auch, wie schwer der Weg zurück in eine feste Bleibe ist. Personen, die im Wohnungsnotfallhilfesystem untergebracht sind, trägt die durchschnittliche bisherige Dauer der aktuellen Unterbringung rund zwei Jahre und acht Monate. Fast zwei Drittel der Personen sind seit mindestens einem Jahr untergebracht.

Aus dem Wohnungslosenbericht wird noch einmal klar, dass Wohnen eine soziale Frage und eine der drängendsten Aufgaben für die Politik ist. Der SoVD fordert eine Wohnraumoffensive mit bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum für alle – auch sozialer Wohnungsbau muss konsequent barrierefrei gedacht werden.

Außerdem ist es nötig, die soziale Infrastruktur vor Ort zu stärken. Das letzte Auffangnetz für Menschen in Not weist zu viele Löcher auf. Vor allem fehlt es an Plätzen in Frauenhäusern – insbesondere auch für Frauen mit Behinderungen. Zudem brauchen Minderjährige ohne Wohnung und ihre Familien schnellstmöglich angemessenen Wohnraum.

str



Foto: AR/unsplash

Die im Dunkeln sieht man nicht: Die Situation von Wohnungslosen wurde erstmals untersucht.

Information kann Diskriminierung entgegenwirken

Studie zeigt diffusen Blick auf alte Menschen

In einer Umfrage untersuchte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gesellschaftliche Einstellungen zum Alter. Dabei wurden Senior*innen zum einen als hilfebedürftig charakterisiert, gleichzeitig aber auch als wichtiger Teil der Gesellschaft beschrieben.

An der Studie nahmen 2.000 Personen ab 16 Jahren teil. Von den Befragten befand ein Drittel, Ältere sollten Platz machen für die jüngere Generation, indem sie wichtige berufliche und gesellschaftliche Rollen aufgeben. Dagegen waren zwei Drittel der Meinung, alte Menschen sollten so lange wie möglich zum Wohl der Gesellschaft beitragen. Insgesamt zeigte sich somit ein gemischtes Bild negativer und positiver Wahrnehmungen vom Alter.

Die Untersuchung kommt unter anderem zu dem Schluss, dass häufig verwendete Begriffe wie Überalterung oder Pflegelast dem Eindruck einer zahlenmäßigen Übermacht älterer Menschen Vorschub geleistet haben. Zudem seien Ältere in der Corona-Pandemie oft einseitig als schutz- und hilfebedürftig dargestellt worden. So ist es vielleicht auch nicht überraschend, dass eine große Mehrheit der Befragten davon ausging, dass Menschen ab 70 Jahren überwiegend im Pflegeheim versorgt werden müssten. Für die Zukunft lassen sich diese Wahrnehmungen wohl am besten durch einen verstärkten Austausch der Generationen korrigieren.

jos



Foto: wifesun/Adobe Stock

Großes Thema in Krisen und Inflation: Einkauf, Wohnen oder Energie werden für viele zu teuer. Weitere Entlastungen sollen helfen.

Soziale Sicherung und Stärkung für Familien

• Bürgergeld statt Hartz IV

Es war im Dezember Titelthema: Hartz IV gibt es 2023 nicht mehr. Nach viel politischem Ringen kommt stattdessen, das Bürgergeld. Die Reform tritt in zwei Schritten in Kraft: prinzipiell zum 1. Januar, weite Teile zum 1. Juli. Das neue Sicherungssystem gilt für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Wer schon Hartz IV bezog, muss keinen neuen Antrag stellen – nur bei Weiterbewilligung. Das Verfahren bleibt wie gehabt.

Das ändert sich: Der Regelsatz steigt je nach Stufe um rund 50 Euro. Hinzu kommen einige Neuerungen. Unter anderem fallen viele Sanktionen weg, das Schonvermögen ist größer (40.000 Euro) und es gibt ein „Weiterbildungsgeld“ und einen „Bürgergeldbonus“. Das Jobcenter soll sich besser um Arbeitslose kümmern und sie lieber in dauerhafte Arbeit statt Hilfsjobs vermitteln. Qualifizierung soll deshalb im Zweifel vorgehen.

Das sind die neuen Regelsätze:

- Stufe 1, Alleinstehende/Alleinerziehende: 502 Euro (+53 Euro),
- Stufe 2, Paare in Bedarfsgemeinschaft je Partner*in: 451 Euro (+47 Euro),
- Stufe 3, Erwachsene in Einrichtungen (nach SGB VIII) oder unter 25-jährige Erwachsene bei den Eltern wohnend: 402 Euro (+42 Euro),
- Stufe 4, Jugendliche 14–17 Jahre: 420 Euro (+44 Euro),
- Stufe 5, Kinder 6–13 Jahre: 348 Euro (+37 Euro),
- Stufe 6, Kinder 0–5 Jahre: 318 Euro (+33 Euro).

• Krankenkasse: Beitrag steigt

Die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und deren Zukunft sind ein großes Thema (siehe etwa Titelthema der September-Ausgabe). Im Zuge dessen steigen mit dem GKV-Finanzstabilisierungsge-

setz 2023 die Krankenkassenbeiträge deutlich, im Schnitt auf 16,2 Prozent des Bruttolohns.

• Mehr Kindergeld

Ab dem 1. Januar gibt es für jedes Kind 250 Euro Kindergeld. Damit erhöht es sich für die ersten drei Kinder, und zwar stärker als zuerst geplant: Für die ersten beiden gibt es je 31 und für das dritte 25 Euro mehr. Ab dem vierten waren es vorher schon 250 Euro.

Die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit passt die Beträge an. Erstanträge und Infos gibt es unter: www.arbeitsagentur.de/familie-und-kinder.



Foto: reksik004/pixabay

Neues zur Sicherung: Das Bürgergeld löst „Hartz IV“ (Arbeitslosengeld II) ab. Zudem sollen Familien mehr Unterstützung bekommen.

• Höherer Kinderzuschlag

Viele Familien kennen den Kinderzuschlag (KiZ) gar nicht. Er ist zusätzlich zum Kindergeld möglich – und steigt ab Januar ebenfalls auf bis zu 250 Euro pro Kind, abhängig vom Einkommen. Den Zuschlag bekommen erwerbsfähige, kindergeldberechtigte Eltern oder Alleinerziehende, deren eigenes Einkommen (kein Bürgergeld) zwar für sie selbst, aber nicht oder nur knapp für die ganze Familie reicht. Es muss brutto die Mindesteinkommensgrenze erreichen (Paare 900 Euro, Alleinerziehende 600 Euro), zusammen mit dem Vermögen aber unter einer Höchstgren-

Wissenswertes für den Alltag – Entlastungen und Änderungen bei Das ist neu 2023: Gesetze,

In der Energiekrise und Inflation sollen weitere Entlastungsmaßnahmen die Preise abfedern. Unter anderem Familien erhalten mehr Geld. Außerdem löst Bürgergeld Hartz IV ab, die Rente steigt, Wohngeld und andere Leistungen ebenso; dafür wird die Krankenkasse teurer. Auch bei Arbeit und Steuer ändert sich einiges: 2023 kommen zahlreiche Änderungen, die zu kennen sich lohnt.

ze liegen. Leistungen wie der Heizkostenzuschuss zählen dazu. Den – recht komplizierten – Antrag stellt man bei der Familienkasse, auch online. Um zu prüfen, ob man die Kriterien erfüllt, findet sich ein „KiZ-Lotse“ auf www.arbeitsagentur.de.

• Kinderbonus fällt wohl weg

Dass hingegen die Einmalzahlung „Kinderbonus“, zuletzt als Corona-Krisenprämie, 2023 wieder kommt, zeichnete sich bei Redaktionsschluss nicht ab.

Gesetzliche Rente

• Rentenerhöhung und anderes

Neues gibt es auch bei der Alterssicherung. So gilt ab Januar eine höhere Beitragsbemessungsgrenze. Und nach der großen Erhöhung 2022 steigt die Altersrente wohl auch diesmal wieder zum 1. Juli: 3,5 Prozent im Westen und 4,2 im Osten. Details klären sich im Frühjahr.

• Hinzuverdienst bei Erwerbsminderungsrente

Bei den Erwerbsminderungsrenten steigen die Grenzen für einen Nebenerwerb ohne Rentenkürzung deutlich. Bei voller Erwerbsminderung, also wenn man nur bis zu drei Stunden täglich arbeiten kann, sind es 17.823,75 Euro im Jahr. Bei teilweiser Erwerbsminderung, also bis sechs Stunden Arbeit pro Tag, sind es 35.647,50 Euro.

Arbeitsleben und Steuern

• Besser bezahlte Pflege

Nach der ersten Erhöhung des Mindestlohnes in der Pflege im September 2022 sind 2023 zwei weitere Stufen angesetzt, zum 1. Mai und 1. Dezember:

- Altenpflege: ab Mai 14,90 und ab Dezember 15,25 Euro,
- Pflegefachkräfte: 17,65 und 18,25 Euro,
- Qualifizierte Pflegehilfskräfte (1–2 Jahre Ausbildung): 14,90 und 15,25 Euro,
- Pflegehilfskräfte: 13,90 und 14,15 Euro.

Außerdem gibt es mehr gesetzlichen Urlaub, 29 Tage bei einer Fünf-Tage-Woche.

• Krankschreibung elektronisch

Auch das berichtete „Soziales im Blick“ schon: Ab Januar können Angestellte einfacher eine ärztliche Krankschreibung einreichen. Denn Arbeitgeber müssen am Verfahren zur elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) teilnehmen. Statt auf Papier übermittelt die Praxis sie digital an die Krankenkasse. Dort ruft der Arbeitgeber sie ab, wenn der*die Mitarbeiter*in sich krankmeldet. Man kann aber auch einen Ausdruck erhalten. Als gesetzlicher Beweis bleibt der Papierschein bestehen.

Auch Kliniken müssen mitmachen. Ausgenommen sind Privatärzt*innen, Praxen im Ausland, Reha-Einrichtungen, Physio- und Psychotherapeut*innen.

Schrittweise abgeschafft wird die Renten-Doppelbesteuerung (mehr auf der Nebenseite). Die große Reform mit dem zweiten Rentenpaket jedoch ist verschoben (siehe Seite 2).

• Hinzuverdienst bei Frührente

Wer vor dem regulären Eintrittsalter, aktuell 67 Jahre, in den Ruhestand geht, muss Abzüge bei der Rente hinnehmen. Das trifft viele Menschen hart. Deshalb – und aus der Erfahrung mit den coronabedingt angehobenen Grenzen – fällt ab 2023 die Hinzuverdienstgrenze komplett weg. Vorzeitig in Rente Gegangene können also nun beliebig viel dazuverdienen.

• Kurzarbeitergeld verlängert

Ein vereinfachter Zugang zu Kurzarbeitergeld entstammt der Pandemie und sollte die Wirtschaft stabilisieren. Nun ist die Energiekrise mit ihren Belastungen für Betriebe der Grund, dies bis zum 30. Juni zu verlängern. Die Regelung gilt auch bei Leiharbeit.



Foto: Ute Grabowsky/pa/phototek

Pflegekräfte erhalten ab Mai einen höheren Mindestlohn.

• Mehr Homeoffice-Pauschale

Die Homeoffice-Pauschale wird 2023 ebenso fortgesetzt. Sie steigt sogar: Fürs Arbeiten zu Hause steuerlich geltend machen kann man bis 1.000 Euro (statt 600 Euro) pro Jahr. Absetzbar sind 200 (statt 120) Homeoffice-Tage, fünf Euro pro Tag. Die Pauschale gilt auch ohne ein Arbeitszimmer.

• Midijob-Verdienstgrenze

Wer in einem „Midijob“ (Übergangsbereich) arbeitet, darf ab Januar bis zu 2.000 statt 1.600 Euro brutto im Monat verdienen. Das folgt aus dem höheren Mindestlohn. Anders als im Minijob ist man im Midijob sozialversicherungspflichtig – zahlt aber weniger Abgaben als in Jobs über der Grenze. Das hilft Menschen in Teilzeit. Doch der SoVD kritisiert, dass es keine Arbeit fördert, die zum Leben reicht.

• Jahressteuergesetz 2023

Das neue Jahressteuergesetz enthält unter anderem bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Immobilienbau und Photovoltaik. Bei Anschaffung einer kleinen Solaranlage soll etwa die Umsatzsteuer (umgangssprachlich Mehrwertsteuer) entfallen.

Auch bei der Einkommensteuer gibt es Neues:

• Höherer Grundfreibetrag

Der Grundfreibetrag, also das steuerfreie Einkommen, erhöht sich 2023 auf 10.908 Euro. Für Paare gilt der doppelte Betrag. Erst darüber zahlt man Einkommensteuer. Die Änderung ist Teil des Inflationsausgleichsgesetzes. Sie soll Geringverdienenden nutzen, bringt aber je nach Gehalt wenig Ersparnis.

Sozialleistungen, Rente, Arbeit, Wohnen, Steuern, Energie und mehr Regelungen und Reformen

Über viele wichtige Neuerungen und Regelungen gibt es auf diesen Seiten einen Überblick. Natürlich ist die Aufzählung aus Platzgründen nicht vollständig. Auch ist in der Kürze nicht jedes Detail erklärbar. Bei offen bleibenden Fragen kann im Sozialrecht oft die SoVD-Beratung vor Ort weiterhelfen, bei Fragen zum Beispiel zu Dienstleistungen, Versicherungen und Waren auch etwa die Verbraucherzentrale.

• Höherer Kinderfreibetrag

Neben höherem Kindergeld und Kinderzuschlag (siehe dort) greift für Familien auch eine Änderung bei der Einkommensteuer: 2023 steigt der Kinderfreibetrag von 5.620 auf 5.760 Euro.

• Neuer Spitzensteuersatz

2023 steigt der Spitzensteuersatz (42 Prozent) um über 3.000 Euro, er beginnt erst bei 61.972 Euro Jahreseinkommen. Der Reichensteuersatz (45 Prozent) bleibt, er greift ab 277.836 Euro.

• Rente erst später besteuert

Rentenbeiträge kann man ab 2023 komplett von der Steuer absetzen. Besteuert werden Renten nun erst in der Auszahlungsphase im Alter. Die Reform soll Beschäftigte entlasten und allen nutzen, die in die gesetzliche Rentenversicherung, die landwirtschaftliche Alterskasse, berufsständische Versorgungseinrichtungen und Basisrentenverträge („Rürup“) einzahlen.

• Immobilien-Grundsteuer

Zum 31. Januar müssen Haus- und Wohnungsbesitzer*innen ihre Grundsteuererklärung abgeben. Die Frist zu Ende Oktober wurde verlängert. Die neue Steuer gilt erst 2025, aber zur Berechnung sind die Angaben nötig.

Wohnen, Energie und Umweltschutz

• Doppelt so viel Wohngeld

Das Wohngeld verdoppelt sich: Zum Neuen-

jahrstag steigt es um durchschnittlich 190 Euro im Monat von 180 auf rund 370 Euro. Die Auszahlung kann dauern (siehe Dezember, Seite 5). Die Wohngeldreform gehört zu den Entlastungspaketen. Das neue „Wohngeld Plus“ berücksichtigt steigende Heizkosten und Energiesanierung. Auch sollen mehr Mieter*innen Anspruch haben. Anträge stellen können Haushalte, die wenig Geld haben, aber keine Sozialleistungen beziehen.



Foto: Armin Weigel/pa/dpa

Mitte April soll wirklich Schluss sein mit deutscher Kernkraft.

• Strom- und Gaspreisbremse

Wie berichtet starten ab März zwei Energiepreisbremsen. Sie sollen auch rückwirkend für die Monate Januar und Februar gelten. Stromkund*innen zahlen für 80 Prozent ihres bisherigen Verbrauches maximal 40 Cent pro Kilowattstunde; beim Gas sind es entsprechend 12 Cent.

• Zweiter Heizkostenzuschuss

Wohngeldempfänger*innen und Menschen in Ausbildung, die Leistungen wie BAföG beziehen, erhalten antragslos einen 2. Heizkostenzuschuss; frühestens im Februar. Für Studierende und Azubis gibt es 345 Euro, für alle anderen je nach Haushalt: 415 Euro allein, 540 Euro für zwei, 100 Euro pro weitere Person.

• Energiepauschale für Studis

Bund und Länder erstellen noch die Antragsplattform: Auch „Studis“ und Fachschüler*innen bekommen eine Energiepauschale. Einmalig 200 Euro kriegt auf Antrag, wer am 1. Dezember einer deutschen Hoch- oder Berufsschule angehört.

• Aus für die Atomkraft

Zum 15. April sollen die letzten drei deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen: Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2. Der endgültige Atomausstieg verschob sich vor allem durch den Ukraine-Krieg und die Debatte um Energieknappheit.

• Klimaabgabe fürs Heizen

Vermieter*innen müssen sich 2023 an der Heiz-Klimaabgabe („CO₂-Preis“) ihrer Mieter*innen beteiligen: umso mehr, je klimafreundlicher das Haus ist.

Mobilität

• Deutschlandticket

49 Euro im Monat soll das „Deutschlandticket“



Foto: Markus Mainka/Adobe Stock

Das Deutschlandticket soll allen ökologische Mobilität im Nah- und Regionalverkehr ermöglichen. 49 Euro findet der SoVD noch zu teuer.

kosten. Der aus SoVD-Sicht zu teure Nachfolger des 9-Euro-Tickets kommt frühestens zum 1. April. Fahren kann man damit im ganzen Land im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) inklusive Regio, aber nicht in Fernzügen wie IC, EC, ICE. Unter www.deutschlandticket.de kann man das Ticket vorbestellen; es ist nur als Abonnement käuflich. Wer schon ein lokales Abo hat, muss meist nichts tun.

• Führerschein umtauschen

Wer zwischen 1959 und 1964 geboren ist, muss bis zum 19. Januar seinen alten Führerschein tauschen; gegen die EU-einheitliche, fälschungssichere Plastikkarte. Den Antrag stellt man bei der Führerscheinstelle.

• Weniger Elektroauto-Bonus

Für Plug-in-Hybridfahrzeuge fällt 2023 die Förderung vom Bund weg. Für reine Stromfahrzeuge sinken die Prämien. Sie gibt es ab 1. September zudem nur noch für Privatpersonen.

• Maske im Verbandskasten

Im Auto sind zwei medizinische Masken Pflicht im Erste-

Hilfe-Kasten. Seit 2022 galt eine bußgeldfreie Übergangsfrist, bis die Straßenverkehrszulassungsordnung geändert ist – wohl Ende Januar.

Verbraucherinformationen

• Euro-Münzen aus Kroatien

Nicht wundern: Durch den Beitritt Kroatiens – schon seit 2013 in der EU – zur Währungsunion kommen ab Januar neue Euro-Münzen in Umlauf. Sie können „ungewohnt“ aussehen. Zum Beispiel zeigen die Rückseiten von 1, 2 und 5 Cent glagolitische (altkirchenslawische) Schrift.

• Mehrwegpflicht in Lokalen

Ab Jahresstart müssen Restaurants, Bistros und Cafés alles für unterwegs auch in einer Mehrwegverpackung anbieten. Es darf nicht teurer sein als einwegverpackt. Pfand ist zulässig.

• Kfz-Versicherung-Einstufung

Für viele Autofahrer*innen wird durch neue Typenklassen die Versicherung teurer. Bei einer Beitragserhöhung hat man ein Sonderkündigungsrecht. ele



Hintergrundgrafik: Ксения Овчинникова/Adobe Stock

SH Schleswig-Holstein



V. li.: SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm, Astrid Kosiolek, SoVD-Kreisvorsitzende im Herzogtum Lauenburg, die aus den Händen von Prof. Dr. Melanie Groß die Ehrennadel des Paritätischen für ihr ehrenamtliches Engagement erhielt, mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier.

Antrittsbesuch im hohen Norden

Bei der letzten Landesvorstandssitzung des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein konnte der Landesvorsitzende Alfred Bornhalm einen ganz besonderen Gast begrüßen: Michaela Engelmeier, Vorsitzende des Gesamtverbandes, nutzte die Gelegenheit für ihren Antrittsbesuch im Norden. Im Rahmen der Veranstaltung wurde unter anderem über das Bürgergeld, Probleme in der Pflege und die gerade aktuelle Wohngeldreform diskutiert. Anschließend ging es gemeinsam mit Alfred Bornhalm zum Ortsverband Laboe-Barsbek, wo die beiden an der gemütlichen Jahresabschlussversammlung im weihnachtlichen Rahmen im Lachmöwentheater teilnahmen.

Inklusiver Arbeitsmarkt: Neues Gesetz soll Menschen mit Behinderungen stärken

Endlich vierte Ausgleichsabgabe

Lange Jahre hatte der SoVD es gefordert, nun plant die Ampelkoalition es: eine vierte Stufe der nach unerfüllten Quoten gestaffelten Ausgleichsabgabe. Die höhere Zahlung ab 2024 soll Betriebe, die nicht auch nur eine einzige Person mit Handicap anstellen, empfindlich treffen und zum Umdenken bringen.

Das „Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes“ soll Menschen mit Behinderungen gezielter unterstützen, mehr in reguläre Arbeit bringen und mehr dort halten. Der SoVD lobt diese Schritte weg von der Fürsorge hin zur Teilhabe. Kernstück des Entwurfes ist die erweiterte Ausgleichsabgabe.

Öffentliche wie private Unternehmen in Deutschland ab 20 Arbeitsplätzen müssen mindestens fünf Prozent davon mit Schwerbehinderten oder ihnen Gleichgestellten besetzen („Pflichtarbeitsplätze“). Viele tun das aber nicht. Dann zahlen sie pro nicht besetztem Platz ans Integrations- oder Inklusionsamt, gestaffelt nach Erfüllungsquote. Etwa ein Viertel beschäftigt aber keine einzige Person mit einer Behinderung.

Bisher gab es drei Staffeln oder Stufen. Die neue, vierte, bei einer Null-Prozent-Quote, hat der SoVD lange gefordert. Sie ist doppelt so hoch wie die dritte und gilt erstmals für 2024. Für kleinere Arbeitgeber bleiben Sonderregeln.



Foto: Andi Weiland / Boehringer Ingelheim, Gesellschaftsbilder

Manche Betriebe beschäftigen gar niemanden mit einer Behinderung, obwohl sie müssten – und auch davon profitieren würden.

Gut wäre, das Bewusstsein nicht nur per „Strafe“ zu ändern, sondern das Anstellen von Menschen mit Handicap positiv zu besetzen. Der SoVD rät, Schwerbehindertenvertretungen und Inklusionsbeauftragte zu stärken.

Weitere, begrüßte Pläne sind: Das Geld aus der Abgabe fließt nur noch in Förderung am ersten Arbeitsmarkt, nicht mehr in Werkstätten (WfbM). Die Decke-

lung beim Persönlichen Budget für Arbeit entfällt; das ermöglicht höhere Lohnkostenzuschüsse. Für Anträge gilt eine „Genehmigungsfiktion“ nach sechs Wochen: Antwortet das Integrationsamt nicht, hat es zugestimmt. Zudem setzt sich der Sachverständigenbeirat Versorgungsmedizin anders zusammen und bindet Verbände ein. Auch gibt es Änderungen im SGB XIV. *ele*

Adventsbasar im Berufsbildungswerk Stendal überzeugte mit liebevoller Detailarbeit

Viele Wünsche wurden erfüllt

Bereits vor Beginn des Adventsbasars um 10 Uhr bildete sich eine Menschenschlange vor der Mensa des Berufsbildungswerks Stendal. Als Geschäftsführer Rainer Erdmann und Nadine Strauß vom Organisationsteam die Türen öffneten und die ersten Besucher*innen begrüßten, war der erste Adventsbasar nach zwei Jahren coronabedingter Pause offiziell eröffnet.

Die Gäste wurden nicht enttäuscht: Nach wochenlanger Vorbereitung und liebevoller Detailarbeit präsentierten sich die Bereiche der Einrichtung. Die Tierpfleger*innen verkauften beispielsweise Hundekexse und Weihnachtsvogelfutter, der Bereich Agrarwirtschaft Adventsgestecke und der Bereich Farbtechnik / Raumgestaltung weihnachtliche Tischdeckchen.

Die „Metaller“ hatten unter anderem Feuerkörbe und die „Hölzer“ Deko-Schnee- und Weihnachtsmänner sowie Vogelhäuser vorbereitet. Der Bereich Personale Dienstleistung betrieb Upcycling, indem er zum Beispiel aus nicht mehr gebrauchten Stoffen Weihnachtswichtel herstellte. Neben dem Verkauf von weihnachtlichen Dekorationsartikeln war der Bereich Wirtschaft / Verwaltung für die Kasse verantwortlich. Auch der Projektbereich präsentierte seine Arbeit mit weihnachtlichen Holz- und Kre-



Foto: BBW Stendal

Der erste Adventsbasar im BBW Stendal wurde in liebevoller Kleinarbeit vorbereitet. Zahlreiche Besucher*innen wussten dies zu schätzen.

ativprodukten.

Für das leibliche Wohl sorgten der Bereich Ernährung-Hauswirtschaft mit Kaffee, Kuchen und Waffeln sowie das Küchenteam des BBW, das Grünkohl mit Knacker und einen alkoholfreien Früchtepunsch vorbereitet hatte.

Mit diesen weihnachtlichen Köstlichkeiten ließen die meisten Besucher*innen, zu denen auch der Landrat des Landkreises Stendal, Patrick Puhlmann, sowie der Stendaler Oberbürgermeister Bastian Sieler gehörten, den Adventsbasar in der Cafeteria ausklingen.

SoVD.TV



Moderator Peter Zerneckel (li.), Dagmar Greskamp, Karen Schallert (auf den Monitoren) sowie Ulrich Adlhoch beim Talk über Inklusion.

Zwei neue Sendungen

Von SoVD.TV, dem Talkformat des SoVD, gibt es neue Folgen. In den beiden aktuellen Ausgaben ging es um Kinderarmut und den inklusiven Arbeitsmarkt – wie immer mit spannenden Gästen.

Die Themen des SoVD gibt es im Bewegtbild. Bei SoVD.TV dreht sich alles um Sozialpolitik. Ende November und Anfang Dezember wurden „Deutschlands große Schande – wie bekämpfen wir endlich die Kinderarmut?“ und „Der inklusive Arbeitsmarkt“ ausgestrahlt. Sie sind unter www.sovd.de/medienservice/sovdtv verfügbar.



Der kürzeste Weg zur Anmeldung geht über das Smartphone. Einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Es erscheint ein Link, den Sie antippen können. Wenn auf Ihrem Gerät kein Scanner installiert ist, finden Sie einen im AppStore oder bei Google Play.



Gleich QR-Code scannen und anmelden!

Foto: Farknot Architect / Adobe Stock

Wechseln Sie zum E-Paper!

Seit über einem Jahr können sich Mitglieder für den Wechsel zur digitalen SoVD-Zeitung entscheiden. Viele haben dies bereits getan und erhalten ihre Mitgliederzeitung schnell und bequem auf ihr Tablet oder Smartphone. Sie schonen dabei auch unsere Umwelt. Ihr Vorteil: Als E-Paper ist die SoVD-Zeitung schneller bei Ihnen als im Postversand. Zudem enthält das E-Paper alle Landesbeilagen, direkte Verlinkungen in Artikel und einen Vorlesemodus.

Sie können sich auch per Post anmelden. Schicken Sie das ausgefüllte Formular an:
 Sozialverband Deutschland
 Abteilung Redaktion
 Stralauer Straße 63, 10179 Berlin

Ich möchte in Zukunft die SoVD-Zeitung digital als E-Paper erhalten.

Name

Vorname

E-Mail

Telefon

Mitgliedsnummer

Unterschrift

Gerne können Sie sich auch direkt über die Webseite ummelden: www.sovd.de/e-paper

Kein Elektro-Rollstuhl wegen Blindheit

Helge Sydow ist durch seine Erkrankung am Devic-Syndrom, einer entzündlichen Autoimmunerkrankung des zentralen Nervensystems, nicht mehr in der Lage, einen gewöhnlichen Rollstuhl selbst zu bedienen, und somit ständig auf die Hilfe anderer angewiesen. Um mehr Eigenständigkeit zurückzugewinnen, beantragt er bei der Krankenkasse einen Elektro-Rollstuhl – doch diese lehnt ab. Die Begründung: Sydows Blindheit mache das sichere Führen eines solchen Rollstuhls unmöglich. Mithilfe des SoVD kann er das Gegenteil beweisen, und nach über drei Jahren bewilligt die Krankenkasse endlich einen Elektro-Rollstuhl.

Der 58-jährige Helge Sydow leidet am Devic-Syndrom. Im fortschreitenden Verlauf der Krankheit hat er einen Schlaganfall, wodurch besonders seine linke Körperhälfte stark bewegungseingeschränkt und er weitgehend auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Dazu kommt, dass er durch seine Erkrankung erblindet ist. Deshalb nimmt Sydow 2016 an einer Orientierungs- und Mobilitätsschulung für blinde Menschen teil. Durch die starke Einschränkung der linken Körperhälfte ist diese Schulung für Sydow jedoch

nicht ohne Unterstützung in einem normalen Rollstuhl möglich. Also imitiert die Schulleitung kurzerhand durch Schieben ein motorisiertes Hilfsmittel. So bekommt Sydow die Möglichkeit, auszuprobieren, ob er sich mit dieser Art von Rollstuhl und seinem Langstock sicher fortbewegen kann – mit Erfolg. Was seine Krankenkasse allerdings nicht anerkennt.

Antrag auf Elektro-Rollstuhl wird abgelehnt

Als sich Helge Sydows Gesundheitszustand verschlech-

tert und es ihm kaum noch möglich ist, mit einem gewöhnlichen Rollstuhl im Alltag eigenständig mobil zu sein, wird ihm 2018 ein Elektro-Rollstuhl ärztlich verordnet. Aber die Krankenkasse lehnt seinen Antrag wegen Zweifel an seiner Fahrtauglichkeit ab, und auch der eingelegte Widerspruch wird aufgrund eines Gutachtens des Medizinischen Dienstes, das ähnlich begründet, ebenfalls zurückgewiesen. „Das wollte ich so nicht stehenlassen und habe mir deshalb 2019 beim SoVD Hilfe geholt“, erklärt Sy-

dow. Mit der Unterstützung des SoVD-Beratungszentrums klagt er dieses Mal vor dem Sozialgericht in Lüneburg. „Das Sozialgericht ist Ende 2020 zu der Einschätzung gelangt, dass von Herrn Sydow durch die Nutzung eines Elektro-Rollstuhls keine größere Gefahr ausgeht als von einem Fußgänger und er das Hilfsmittel zwingend benötigt“, so Frank Rethmeier, Leiter des Sachgebietes Sozialrecht des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen.

Klage vor dem Landessozialgericht

Doch die AOK stellt sich weiterhin quer und geht in Berufung. „Es ist ein Unding, dass die Krankenkasse Herrn Sydow den zur Teilhabe dringend benötigten Rollstuhl wiederholt verweigert hat, obwohl die vorgebrachte Begründung, dass er durch seine Blindheit einen Elektro-Rollstuhl nicht ordnungsgemäß führen könne, widerlegt werden konnte“, sagt Rethmeier, der Helge Sydow in der nächsten Instanz vor dem Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen vertritt. „Ich hatte von vorneherein das Gefühl, dass das Ganze extra in die Länge gezogen wurde. Vermutlich, damit ich einfach aufgebe“, mutmaßt Sydow. Doch auch das LSG entscheidet im Dezember 2021 zugunsten von Sydow: Die Krankenkasse muss ihn mit einem Elektro-Rollstuhl

versorgen. „Dass das Landessozialgericht selbst mit dem Fall an die Öffentlichkeit gegangen ist, unterstreicht für uns noch einmal das inakzeptable Verhalten der zuständigen Krankenkasse. Außerdem freut es uns natürlich besonders für Herrn Sydow, dass in dem Beschluss der neu definierte, dynamische Behindertenbegriff berücksichtigt wurde, nach dem Teilhabe und eine Ermöglichung der individuellen Lebensplanung im Vordergrund stehen“, so Rethmeier.

Trotz Gerichtsurteil: langes Warten auf das Hilfsmittel

Aber auch mit dem Beschluss muss Sydow noch auf sein Hilfsmittel warten. Das Problem: Den Rollstuhl, den er 2018 beantragt hatte, gibt es inzwischen nicht mehr. Daher verlangt die Krankenkasse nach dem Urteil des LSG vom zuständigen Rollstuhlhändler, Informationen zu einem möglichst ähnlichen Rollstuhl zu liefern. Dieser schickt einen Fragebogen mit zahlreichen Fragen zum Ersatzmodell und einen Kostenvoranschlag an die Krankenkasse. Danach vergehen einige Monate, bis Sydow Anfang 2022 endlich positive Nachrichten erhält. „Ich weiß gar nicht, ob ich lachen oder weinen soll. Über drei Jahre nach meinem Antrag bekomme ich endlich meinen so ersehnten Elektro-Rollstuhl“, freut er sich. *esch*



Foto: Muzaffer Cat

Der SoVD in Niedersachsen legte für Helge Sydow eine Klage gegen seine Krankenkasse ein. Nach drei Jahren übernahm diese schließlich die Kosten für den E-Rollstuhl, auf den er angewiesen ist.

Kleiner Einsatz, große Wirkung: Hinterlassen Sie bleibenden Eindruck!

Ob praktische Helferlein im Alltag, Streuartikel für Ihren Messestand oder kleine Präsente für Technik-Freunde – in unserem Werbemittel-Shop finden Sie viele Artikel, mit denen Sie Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützen oder einfach anderen eine Freude machen können. Damit bleiben Sie in Erinnerung, denn – über ein kleines Geschenk freut sich jeder!

Schauen Sie vorbei, und entdecken Sie die Werbemittelwelt des SoVD:

www.sovd-shop.de

SOVD



Der SoVD zeigt traditionelle Präsenz bei den Gedenkfeierlichkeiten zum Volkstrauertag 2022

Der Ukrainekrieg beherrschte die Reden

Sowohl bei der Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag im Rathaus als auch bei den Gedenkstunden mit Kranzniederlegung gab es in diesem Jahr ein vorrangiges Thema: den Ukrainekrieg. Der SoVD war bei der zentralen Veranstaltung im Rathaus dabei, ebenso wie bei den lokalen Gedenkfeiern zum Beispiel in Osterholz, Lesum und Geestemünde.

Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine habe „die Gewissheiten und die Zuversicht in ein Europa des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Nationen zutiefst erschüttert“, betonte Staatsrat Dr. Olaf Joachim als Bevollmächtigter des Senats am 12. November in seiner Rede zur zentralen Gedenkver-

anstaltung im Bremer Rathaus. Die Folgen des Krieges bestimmten die Tagespolitik und den Alltag. Vertriebene und Verfolgte, Flüchtlinge voller Angst und schrecklicher Erinnerungen fänden in Bremen in großer Zahl Schutz. Aber auch das Leben vieler Bremerinnen und Bremer werde durch die Folgen des Krieges schwieriger, so Joachim. Er wies darauf hin, dass gerade für jene, die die Folgen des Zweiten Weltkriegs noch selbst erlebt haben, die Geschehnisse unerträglich seien.

Dies konnte der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien, der bei der offiziellen Gedenkveranstaltung anwesend war, nur bestätigen: „Für viele unserer Mitglieder fing mit dem Kriegsbeginn im Februar eine schwere Zeit an. Nicht wenige müssen sich mit Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg, der Flucht oder dem Leben als Flüchtlingskind in der entbehrungsvollen Nachkriegszeit auseinandersetzen. Es ist eine unglückselige Zeit – wir müs-

sen alle politischen Kräfte mobilisieren, um diesen entsetzlichen Krieg zu beenden.“

Gedenken auf dem Osterholzer Friedhof

Am Sonntag, 13. November, fand eine weitere Gedenkveranstaltung, diesmal in der Kapelle auf dem Osterholzer Friedhof, statt. Dort nahm Antje Grotheer, Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, als eine der Rednerinnen und Redner ebenfalls Stellung zum Ukrainekrieg und verurteilte weitere Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel im Iran.

Beeindruckt zeigte sich Klaus Möhle, Landesschriftführer und 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Bremen: „Die Reden waren in diesem Jahr sehr aktuell. Die Menschen sind zurzeit sehr berührt von dem, was global los ist. Und es wird täglich mehr. Daher fand ich es sehr angemessen, in der heutigen Zeit nicht zurückzuschauen, sondern die aktuellen Ereignisse zum Thema zu machen.“ Im



Viele SoVD-Orts- und -Kreisverbände waren bei den Feierlichkeiten vor Ort vertreten, wie hier in Lesum.

Anschluss wohnte Möhle auch der Kranzniederlegung auf dem Gräberfeld bei.

der Landesverband einen Betrag von 1.000 Euro, um die Arbeit zu unterstützen.

Mit Jugendbegegnungen die Friedensarbeit unterstützen

Die alljährliche Veranstaltung wird vom Landesverband Bremen des Vereins Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge organisiert. Durch sein Engagement für Jugendbegegnungen und Workcamps führt er Jugendliche aus ganz Europa im Zeichen von Völkerverständigung und Versöhnung zusammen. Auch in diesem Jahr spen-

Kranzniederlegungen zum stillen Gedenken

Auch in Bremerhaven gab es auf dem Geestemünder Friedhof eine Gedenkveranstaltung, an der der Vorstand des Kreisverbandes teilnahm. Die Landes- und Kreisvorsitzenden legten an weiteren Gedenkstätten im Land Bremen Kränze nieder. Zahlreiche Mitglieder aus den jeweiligen Ortsverbänden begleiteten sie.



Kranzniederlegung auf dem Lesumer Friedhof.

SPD-Landesvorsitzender Reinhold Wetjen zu Gast beim Landesverband

Viele Schnittpunkte gefunden

Am 10. November war der Bremer SPD-Landesvorsitzende Reinhold Wetjen zu Gast beim Landesverband. Es gab einen angeregten fachlichen Austausch mit dem 1. Landesvorsitzenden Joachim Wittrien und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

Der Besuch von Reinhold Wetjen, seit Juni 2021 der Landesvorsitzende der SPD Bremen, hatte sich durch die Pandemielage verzögert. Umso größer war die Freude, dass es im November endlich klappte.

Das Gespräch fand in freundlicher Atmosphäre statt. Dabei dominierten die sozialpolitischen Herausforderungen des Stadtstaates: Armut, Altenwohnungen im Quartier, Kindergrundsicherung und die schwierige Lage der Krankenhäuser. Es gab viele Schnittpunkte. „Wir haben verabredet, weiter im Gespräch zu bleiben“, berichtete Wittrien, „Herr Wetjen bat uns, bei Problemen an ihn heranzutreten. Er hat ein offenes Ohr für unsere sozialpolitischen Anliegen.“



In der Landesgeschäftsstelle trafen sich zum Austausch (v. li.): SPD-Landesvorsitzender Reinhold Wetjen sowie Landesvorsitzender Joachim Wittrien und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

„Der kurze Weg“ koordiniert medizinische Angebote

Behandlung optimiert

Unter dem Namen „Der kurze Weg“ organisiert die AOK Bremen / Bremerhaven mit unterschiedlichen Krankenhäusern, Ärzten und Therapeuten eine besondere medizinische Versorgung. Zum Beispiel, wenn es den Verdacht auf eine Erkrankung gibt, wenn eine Vorsorgeuntersuchung ansteht oder wenn eine komplexe Therapie beginnt.

„Der kurze Weg“ hilft dabei, für die optimale Vorsorge, die beste Therapie und genaueste Diagnostik den richtigen und schnellsten Weg zu finden. Das geschieht mithilfe innovativer Verfahren und Behandlungsmethoden, deren Kosten die AOK Bremen / Bremerhaven trägt. Eine optimale Behandlung kann übrigens auch bedeuten, auf unnötige Therapien und Eingriffe zu verzichten. Alle inhaltlichen Fragen klärt dabei ein persönlicher Ansprechpartner bei der AOK Bremen / Bremerhaven, der auch die jeweiligen Akteure vernetzt.

Alle Infos zu den Themen: Mentale Gesundheit, Herzgesundheit, Schilddrüsengesundheit, Krankenhaushygiene, hausarztzentrierte Versorgung, Herzschrittmacher, Hüft- und Kniegesundheit, Harnwegsinfektion, Netzhautfotografie, Beatmungsentwöhnung, Schmerztherapie und seltene Erkrankungen finden sich auf der Webseite der AOK unter: www.aok.de/pk/bremen/der-kurze-weg/.

Sie haben Fragen zu den Kompetenznetzwerken der AOK Bremen / Bremerhaven? Unter Tel: 0421/17 61 77 111 oder per E-Mail an: aerzte@hb.aok.de steht Ihnen ein*e persönliche*r Ansprechpartner*in zur Verfügung.

Quelle: AOK Bremen / Bremerhaven



Die jungen Kicker mit ihrem Trainer in den neuen Trikots.

Spende an junge Fußballer des ATSV Sebaldsbrück

SoVD-Trikots für die kühle Jahreszeit

Große Freude löste Anfang Oktober eine Trikotspende des SoVD-Landesverbandes bei der Fußball-Juniorabteilung des Bremer Vereins ATSV Sebaldsbrück aus. 20 junge Spielerinnen und Spieler wurden mit einer Regenjacke ausgestattet.

„In der Corona-Zeit wird es für Sportvereine schwierig“, sagte Joachim Wittrien, 1. Vorsitzender des Landesverbandes. „Deshalb ist es für uns eine große Freude auszuhelfen, damit die Kids weiterhin Spaß am Fußballspielen haben.“

„Die Jacke ist echt super“, bestätigt der achtjährige Berkay. Das Emblem seines Vereins trägt er auf der Brust, die Rückseite der Jacke schmückt das SoVD-Logo. Auch Trainer Ali Uzuntas sowie die Eltern freuten sich über die neuen Regenjacken. „Die Jacken sind sehr gut angekommen. Sie werden regelmäßig zu den Spielen, aber auch zu den Trainingseinheiten getragen“, berichtet die Mutter des jungen Verteidigers. „Wir bedanken uns sehr für das dringend benötigte Outfit, das jahreszeitlich gesehen genau zum richtigen Zeitpunkt eingetroffen ist.“



Verteidiger Berkay mit seiner SoVD-Jacke.



Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Er wünscht für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit und Wohlergehen.

All denjenigen, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.



Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Rest-Guthaben der Freikarte wird automatisch in das nächste Jahr übertragen

2023 wieder 60 Euro Guthaben

Eventuell noch vorhandene Restguthaben auf den Freikarten können auch im neuen Jahr noch genutzt werden. Auf diese Neuerung weist das Projekt-Team Freikarte hin und reagiert damit auf den vielfach geäußerten Wunsch von Kindern, Jugendlichen und Sorgeberechtigten.

Seit dem Start Mitte Oktober sind drei Viertel aller bislang rund 117.000 verschickten Freikarten von den Nutzer*innen aktiviert worden. Derzeit werden pro Tag durchschnittlich Freizeitaktivitäten in einem Wert von etwa 42.000 Euro mit den Karten bezahlt – oder hochgerechnet etwa 3,5 Millionen Euro im Jahr 2022.

Die Freikarte war im März 2022 von der Bürgerschaft beschlossen und anschließend zum Start der Herbstferien von einem Projektteam realisiert worden. Sie ist antragsfrei an alle Kinder und Jugendlichen mit erstem Wohnsitz im Land Bremen verschickt worden. Für 2022 wurde sie vom Land mit 60 Euro aufgeladen und zum 1. Januar 2023 kommen automatisch erneut 60 Euro auf die Karte. Wichtig: Es gibt dafür keine neue Karte. Karten ohne Guthaben dürfen deshalb auf keinen Fall entsorgt werden.

Auch für hinzugezogene oder neugeborene Kinder und Jugendliche wird eine individuel-



Foto: Stenzel Washington / Adobe Stock

Auch Eislaufhallen in Bremen und Bremerhaven können kostenlos mit der Freikarte besucht werden.

le Karte produziert und später mit dem dazugehörigen Aktivierungscode verschickt. Für die Zustellung ist dabei wichtig, dass am Briefkasten der Familie auch der Name des Kindes steht.

Seit dem Projektstart entwickelt sich auch die Struktur der beteiligten Freizeiteinrichtungen laufend weiter. Bei den

teilnehmenden Betrieben kann mit der Freikarte bargeldlos der Eintritt bezahlt werden oder – wenn beispielsweise bei Sportangeboten erforderlich – auch die Ausrüstung. Außerdem kann bei den ganz jungen Kindern auch die Begleitperson ihren Eintritt mit der Freikarte des Kindes bezahlen.

Quelle: Senatskanzlei Bremen

Lust aufs Ehrenamt?

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, suchen wir Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle.

Wir freuen uns über Ihren Anruf:

Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord: 0421/16 38 490.

Kreisverband Bremerhaven: 0471/28 006.

Newsletter

Mitglieder, die gerne einmal monatlich (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen und Tipps erhalten möchten, bittet der Landesverband um einen Hinweis an die E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.



Termine

Die Veranstaltungen finden unter den jeweils aktuellen Pandemie-Bedingungen statt.

Ortsverband Bremen Blumenthal-Farge

18. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen (jeden dritten Mittwoch im Monat) im Lokal „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Bremen Lesum

9. Januar, 16.30 Uhr: Gesamtvorstandssitzung.

Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack

im „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

Ortsverband Bremen Gröpelingen

11. Januar: Mitgliedertreffen/ Frühstück, Näheres wird noch bekannt gegeben.

Ortsverband Bremen Vegesack

26. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum E 03, 28757 Bremen.

Ortsverband Bremerhaven Geestemünde

20. Januar, 14.30 Uhr: Informativveranstaltung im Ernst-Barlach-

Haus, Am Holzhafen 8, 28217 Bremerhaven.

Anmeldungen bei Karin Michaelsen unter Tel. 0471/55222 erbeten

Ortsverband Bremerhaven Leherheide

13. Januar, 15 Uhr: Infotag in der Lukaskirchengemeinde, Louise-Schröder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Ortsverband Bremerhaven Nord / Süd

10. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Altbürgerhaus Lehe, Neulandstraße, 27576 Bremerhaven.

Mehr Wohngeld für einen größeren Kreis von Bezugsberechtigten ab Januar

Wartezeit bremst Hilfen aus

Die gute Nachricht zum Jahresbeginn: Rund zwei Millionen Menschen in Deutschland haben zusätzlich Anspruch auf Wohngeld und die Leistungen steigen. Abhängig von Miete, Haushaltsgröße und Einkommen werden in Zukunft durchschnittlich etwa 370 Euro gezahlt.

Wer bisher keine Ansprüche geltend machen konnte, hat jetzt möglicherweise Chancen. „Versuchen Sie es jetzt ruhig noch einmal, denn Sie könnten wegen der angehobenen Gehaltsgrenzen nun doch ein Anrecht auf Wohngeld haben“, empfiehlt der SoVD-Landesvorsitzende Klaus Wicher. Auch Familien, die im eigenen Besitz leben, haben eventuell ein Anrecht auf die Unterstützung, denn bei der Gewährung spielen die Größe und Art der Wohnung keine Rolle.

Gut zu wissen ist auch, dass man die eigenen finanziellen Reserven nicht komplett aufbrauchen muss, um Wohngeld zu beziehen: Es gilt ein Selbstbehalt von 60.000 Euro Vermögen, der bei der Berechnung nicht berücksichtigt wird. Für jedes weitere Haushaltsmitglied dürfen jeweils bis maximal 30.000 Euro dazugerechnet werden.

Grundsätzlich haben nur diejenigen Anspruch, die nicht im Hartz-IV-Bezug sind. „Viele

wissen nicht, ob und wie sie Wohngeld bekommen. Ich hätte mir an dieser Stelle von Hamburg einen kundenfreundlichen Wohngeldrechner auf der Webseite der Stadt gewünscht. Das wäre transparent und bürgerfreundlich gewesen“, so Wicher.

Er befürchtet, dass die Mühlen der Verwaltung langsam mahlen werden: „Schon jetzt sind gerade die Ämter, die über Grundsicherung, Wohngeld und Eingliederungshilfe entscheiden, stark überlastet – und das schon länger“. Die Bearbeitungszeiten zögen sich in die Länge, Bescheide seien zudem schwer verständlich: „Schon jetzt gibt es Wartezeiten bis zu vier Monate und mehr. Ab Januar wird sich das verschlimmern, denn die Stadt hat es bisher nicht geschafft, alle offenen Stellen zu besetzen. Ich bezweifle, dass die personelle Ausstattung ausreicht, um die Anträge zeitnah zu bearbeiten. So, wie es jetzt aussieht, werden viele Menschen sehr lange warten müssen.“



Foto: Susanne Rahlf

Personalmangel verzögert in den Ämtern die Bearbeitung wichtiger Hilfsleistungen.

Wer diese Zeit nicht überbrücken kann, sollte versuchen, vorläufige Auszahlungen zu erhalten, empfiehlt Wicher: „Hier sind überraschenderweise die Jobcenter Ansprechpartner – SoVD-Mitglieder können gern bei uns anfragen, was zu tun ist. Wir helfen in jedem Fall weiter!“

Zehn Forderungen des SoVD-Landesverbandes an den Hamburger Senat

Strategien für die Hansestadt

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie und Inflation infolge des Angriffskrieges auf die Ukraine sind viele Hamburger finanziell und seelisch am Ende ihrer Kräfte. Als größter Sozialverband in der Hansestadt stellt der SoVD-Landesverband zehn Forderungen zur Bewältigung der Krise an den Senat.

1. Schnelle Ergebnisse aus der Senatsarbeit: Der Hamburger Senat muss schneller als bisher zu Ergebnissen kommen, um den Menschen und Unternehmen verlässliche Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Und er muss sich besser vorbereiten, wenn Herausforderungen im Vorfeld absehbar sind. So hätte man früher nach Personal für Wohngeld und Grundsicherungsämter suchen müssen.

2. Notfallfonds verdoppeln: Das Startkapital für den Hamburger Notfallfonds muss sich auf 250 Millionen Euro verdoppeln, als Härtefallhilfen ständen dann 30 bis 40 Millionen Euro zur Verfügung, damit Energiesperren oder Wohnungskündigungen ausgeschlossen sind. Die Härtefallhilfen sollten nicht



Foto: Senatskanzlei Hamburg

Das Rathaus ist als Sitz des Senats der politische Ansprechpartner für den SoVD-Landesverband.

zurückgezahlt werden müssen und sofort zur Verfügung stehen. Die Bedingungen dafür müssen schnell gefunden, die Anträge unbürokratisch gestellt

und bewilligt werden.

Die weiteren Forderungen des SoVD Hamburg werden in der Februar-Zeitungs Ausgabe veröffentlicht.



Ansichten

Liebe Mitglieder,

das vergangene Jahr war wieder einmal für viele von Ihnen ein schwieriges. Dennoch gibt es vor allem für unseren Landesverband durchaus Positives zu berichten:

Erneut sind im Vergleich zum Vorjahr unsere Mitgliederzahlen gestiegen. Im Dezember 2022 konnten wir das 25.000 Mitglied begrüßen. Damit haben wir unsere Position als bedeutendster und stärkster Sozialverband in Hamburg weiter ausgebaut.

Unsere Leistungen überzeugen: An sechs Standorten bieten wir Sozialrechtsberatungen durch acht Fachjuristen*innen und weiteren Berater*innen an. Kommen Sie zu den Öffnungszeiten gern vorbei und lassen Sie sich ohne Termin beraten. Diesen Service bieten nur sehr wenige.

Wir halten unsere Mitgliedsbeiträge stabil, was in der heutigen Zeit auch schon etwas Besonderes ist.

Für Menschen in schwierigen Situationen, vor allem Frauen, die obdachlos sind, engagieren wir uns aktiv und haben gerade 12.000 Euro gespendet, um ganz persönlich zu helfen.

Unsere Stellungnahmen zur Hamburger Politik sind in verschiedenen Broschüren zusammengefasst, die Sie alle in unseren Geschäftsstellen kostenlos erhalten können. Neben den schon bekannten Sozialpolitischen Leitlinien haben wir Seniorenpolitische und Stadtpolitische Leitlinien erstellt.

Hinter vielen Artikeln in unserer Zeitung stand auch unsere Pressesprecherin Susanne Rahlf, die uns zum Jahresende verlassen hat. Das bedauern wir sehr und bedanken uns für sechs sehr erfolgreiche Jahre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir wünschen Ihr an neuer Wirkungsstätte alles Gute. Ewa Rodej, Sozialrechtsberaterin, verabschiedet sich ebenfalls, sie geht in den wohlverdienten Ruhestand. Auch Alexandra Holzschneider, unser guter Geist in der Landesgeschäftsstelle, hat uns nach vielen Jahren verlassen. Wir danken ihnen für ihre gute Arbeit und wünschen ihnen alles Gute und viel Erfolg. Alle Stellen werden neu besetzt.

Ihnen, unseren Mitgliedern und Lesern dieser Zeitung, wünschen wir einen guten Start ins neue Jahr und vor allem eine stabile Gesundheit. Selbstverständlich sind wir auch 2023 wieder gerne für Sie da und freuen uns auf Ihren Besuch in einer unserer Geschäftsstellen.

Ihr Klaus Wicher,
1. Landesvorsitzender



Klaus Wicher

Reinhören lohnt sich!

Landesvorsitzender Klaus Wicher und Pressesprecherin Susanne Rahlf unterhalten sich in der nächsten Podcastfolge von „Sozial? Geht immer!“ mit Prof. Marcel Fratzscher. Der 52-Jährige ist weltweit anerkannter Spezialist, wenn es um Wirtschaft und Ökonomie geht. Er leitet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und lehrt als Professor für Makroökonomie an der Berliner Humboldt-Uni. Im Podcast redet er über die Auswirkungen der veränderten Weltlage und was dies vor allem für arme Menschen bedeutet. Dazu geht es um das irrationale Verhältnis zum Geld und wie dies zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt.



Foto: Susanne Rahlf

Klaus Wicher

Kürzere Wartezeiten



Foto: Susanne Rahlf

Klaus Wicher (Mi.) kam erneut zum Austausch mit Petra Lotzkat, Staatsrätin in der Sozialbehörde, und Carsten Möller vom Amt für Soziales zusammen: „Ich habe noch mal deutlich gemacht, dass Anträge schnell bearbeitet werden müssen, denn diejenigen, die am ärmsten sind, können keine langen Wartezeiten überbrücken“, berichtete Wicher anschließend.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf unter Tel.: 040 / 611 60 70, per E-Mail: info@sovd-hh.de oder kommen Sie vorbei.

- **SoVD-Beratungszentrum in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr, Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Hohenfelde / Uhlenhorst**
Mundsburger Damm 42, 22087 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mo 10–12 Uhr und 13–16 Uhr, Di 10–13 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Lurup**
Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi und Do 10–12 Uhr und 14–16 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Harburg**
Winsener Straße 13, 21077 Hamburg,
Öffnungszeiten: Mi 10–13 Uhr.
- **SoVD-Beratungsstelle Bergedorf**
Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg,
Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.
Öffnungszeiten weiterer Beratungszentren auf Nachfrage sowie online unter: www.sovd-hh.de.

Nikolaus im Cappello



Foto: Susanne Rahlf

Alle Hände voll zu tun hatte der Nikolaus, als er Anfang Dezember seinen Schlitten vor dem Sozialkaufhaus Cappello in Osdorf parkte. Trotz Schmuddelwetters wagten sich zahlreichen Kinder mit ihren Eltern vor die Tür und freuten sich über seine süßen Gaben: Für die Kleinen gab es Lebkuchen und Schokolade, die Erwachsenen stöberten lieber im Sozialkaufhaus und ließen sich bei der Geschenkeauswahl beraten.

Preiserhöhung bei dem öffentlichen Zubringerdienst Moia

Wie befürchtet Preise erhöht

Zum Jahresbeginn hat Moia die ÖPNV-Zubringerangebote im Hamburger Westen von Ioki übernommen. Trotz der Mahnungen des SoVD macht es Moia wie der HVV und hat zum Januar die Preise erhöht – zulasten der Einkommensschwachen.

„Wir haben frühzeitig davor gewarnt, dass diese Entscheidung nicht im Sinne der Nutzer*innen in Lurup und Osdorf ist – und unsere Befürchtungen hatten wir schon lange im Vorfeld an die Politik herangetragen – leider erfolglos“, kritisiert der SoVD-Landeschef, Klaus Wicher, scharf. „610.000 Menschen haben in den vergangenen vier Jahren den Ioki-Zubringershuttle genutzt. Gerade in den strukturschwachen Stadtteilen war es ein bezahlbares Angebot, dass man sich noch leisten konnte. Eine Preiserhöhung, gerade in diesen Zeiten, empfinde ich als höchst fatal.“

Bevor Verkehrssenator Anjes Tjarks ein Machtwort sprach, gab es lange Diskussionen über den angedachten Wechsel von Ioki zu Moia: „Der Hamburger SoVD hat sich immer für den Erhalt von Ioki ausgesprochen, denn er war gerade für die Älteren in Lurup und Osdorf eine kostengünstige Möglichkeit, stressfrei zum Einkaufen oder zum Arzt zu fahren, mehr am Leben teilzuhaben“, sagt Wicher. Dann kam das Aus für Ioki: „Vor allem in Lurup hatte sich,



Foto: Susanne Rahlf

Der SoVD mobilisierte im letzten Jahr eine Demonstration in Lurup für den Erhalt des preisgünstigen Personentransportsystems.

auch unterstützt vom SoVD, deutlicher Widerstand geregt. Leider umsonst, denn am Ende hat Verkehrssenator Tjarks im Alleingang gegen die Interessen der betroffenen Menschen entschieden“, erklärt Wicher.

Er sieht diese Entscheidung kritisch: „Wir haben gleich vermutet, dass mit dem Anbieterwechsel eine Preiserhöhung kommen wird. Nun ist sie da. Aus meiner Sicht hat Herr Tjarks vor allem den Menschen, die wenig haben, keinen Gefallen getan,

sondern dafür gesorgt, dass ihnen in Zukunft Teilhabe vorenthalten wird.“ Wicher fordert zum wiederholten Mal die kostenlose Nutzung des HVV für Bedürftige: „Herr Tjarks sollte kurz vom Rad steigen und vielleicht mal im Hamburger Westen mit den Ärmsten der Armen sprechen. Die Verkehrswende ist wichtig, aber sie muss auch die mitnehmen, die auf ÖPNV angewiesen sind. Außerdem: Moia muss die gleichen Fahrpreise anbieten wie der Vorgänger Ioki.“

SoVD-Spende an vier Einrichtungen für bedürftige Frauen

Für ein Dach über dem Kopf

Von den rund 3.000 obdachlosen Menschen in der Hansestadt ist jede*r Fünfte weiblich. Sie sind nicht nur von sexueller und körperlicher Gewalt bedroht, sondern auch psychisch stark belastet. Der Hilfsfonds des SoVD Hamburg hat daher 12.000 Euro als Hilfe an vier Einrichtungen gespendet.

Das Geld geht zu gleichen Teilen an die Fähre e.V., das Wohncontainer-Projekt der Caritas, an die Obdachlosenzeitung Hinz und Kunzt und an das Frauenprojekt Kemenate: „Die Kemenate wird von ihrer Spende Einkaufsgutscheine organisieren, mit denen sich die Frauen auch mal eine Kleinigkeit gönnen können. Auch die Fähre e.V. wird das Geld flexibel so verteilen, dass Frauen in Not Hilfe gewährt werden kann. Außerdem freue ich mich, dass wir für das Wohnprojekt der Diakonie spenden können, die auf dem Gelände der HAW Container für Frauen und queere Menschen betreut. Und da wäre auch noch Hinz und Kunzt, die sich unglaublich engagiert für Obdachlose einsetzen. Die Macher der Zeitung werden von dem Geld die Miete für eine ihrer Verkäuferinnen zahlen und dafür sorgen, dass sie weiterhin

in einer kleinen Käte ein Dach überm Kopf hat. Für alle vier Einrichtungen ist unsere Spende eine enorme Hilfe!“, freut sich Klaus Wicher.

Über diese Spende hinaus unterstützt der SoVD Hamburg

mit seinem Hilfsfonds bedürftige Frauen, die akut in Not sind. Spenden sind willkommen!

Spendenkonto: SoVD Hamburg, IBAN: DE75 5206 0410 0006 4232 56, Evangelische Bank eG, Stichwort „Hilfsfonds“.



Foto: New Africa / Adobe Stock

Hilfsorganisationen für bedürftige Frauen werden gerade in der jetzigen Krisenzeit stark beansprucht und brauchen dringend Geld.

Neuer SoVD-Film zeigt Herausforderungen bei der häuslichen Pflege

„24 Stunden in Rufbereitschaft“

Die häusliche Pflege von Angehörigen ist eigentlich ein Vollzeitjob. Das hat auch Manuela Christiansen erlebt, als ihr Vater pflegebedürftig wurde. In einem neuen Video des SoVD berichtet sie darüber, wie es ihnen gemeinsam erging, und fordert mehr Unterstützung von der Politik.

Die aktuellen Zahlen aus dem DAK-Pflegereport zeigen: Es gibt immer mehr pflegende Angehörige in Deutschland. 4,6 Millionen Menschen erhielten 2021 Unterstützung von der Pflegekasse, 300.000 mehr als im Jahr

zuvor. Die häusliche Pflege ist deshalb ein wichtiger Pfeiler der Pflegelandschaft. In einer begleitenden Umfrage zum Report geben 86 Prozent der Befragten an, dass die Politik mehr für die Pflege tun müsse.

Darüber, wie die Pflege von Angehörigen im häuslichen Umfeld aussieht und was die Pflegenden erleben, hat der SoVD jetzt einen Film veröffentlicht. In diesem berichtet Manuela Christiansen über ihre Erfahrungen. Ihr Vater wurde plötzlich ein Pflegefall und sie damit pflegende Angehörige.

Sechs Jahre pflegte sie ihren Vater zu Hause. Sie spricht im Bericht des SoVD über die außergewöhnlichen Umstände, die damit einhergingen, und über die Wichtigkeit, als Pflegenden auch auf die eigene Gesundheit zu achten. Ihre gemeinsamen Erfahrungen haben Tochter und Vater in einem Buch festgehalten. Dieses stellte die SoVD-Zeitung in der Dezember-Ausgabe 2021 (Seite 5) ausführlich vor.

Das Video ist online unter www.youtube.com/@SoVDTV/videos abrufbar.



Screenshot: SoVD.TV

Manuela Christiansen erinnert sich an ihren Vater. Über die Erfahrung der häuslichen Pflege haben sie gemeinsam ein Buch verfasst.



Foto: Claudia Paulussen / Adobe Stock

Gemeinsam lernen mit dem SoVD: Informationen zu Inhalten und zur Anmeldung gibt es auf der SoVD-Website.

Auch 2023 wieder Seminare beim SoVD

Der Seminarkalender des SoVD für 2023 ist online. Unter www.sovd.de/seminare sind alle bisher feststehenden Veranstaltungen aufgeführt. Die Seite wird regelmäßig aktualisiert.

Vorgesehen sind Veranstaltungen für haupt- und ehrenamtlich Aktive beim SoVD. Thematisch geht es unter anderem um die Kassenführung, Steuererklärung und Fragen rund um die Gemeinnützigkeit. Neu angeboten wird ein Seminar, das den Umgang mit den digitalen Angeboten des Verbandes in den Mittelpunkt stellt. Dort geht es unter anderem um das Medienarchiv und Inhalte für die Internetauftritte des SoVD.

AOK veröffentlicht Bericht zur Vorbeugung verbaler Aggression, Vernachlässigung bis hin zu Misshandlungen

Gewalt in der Pflege hat viele Gesichter

Überforderung im Pflegealltag ist oftmals die Ursache: Essen wird hastig angereicht, das Zimmer betreten, ohne anzuklopfen oder die Klingel wird einfach weggelegt. Schon diese Verhaltensweisen respektieren die Würde des pflegebedürftigen Menschen nicht. Und unaufgefordertes Duzen, das Ignorieren von Bedürfnissen oder das Verschließen der Zimmertür sind Formen der Gewalt, die eben nicht allein durch körperliche Übergriffe zum Ausdruck kommt. Hierzu hat die AOK erneut einen Bericht veröffentlicht.

Gewalt in der Pflege tritt demnach in unterschiedlichen Formen auf: Sie reichen von verbaler Aggression über Vernachlässigung bis zu seelischer und körperlicher Misshandlung. Wie kann es dazu kommen, dass ausgebildete Pflegefachpersonen Grenzen überschreiten? Wie können Einrichtungen vorbeugen? Wie kann die einzelne Pflegefachperson reagieren?

Gewalt passiert oft im Verborgenen

Jede Beziehung, die von großer Nähe und Abhängigkeit geprägt ist, ist anfällig für Gewalt. Das trifft auf Partnerschaften zu, auf das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern und eben auch auf die Pflege – nicht nur, wenn Angehörige pflegen, sondern auch bei professionellem Pflegepersonal.

So wird im aktuellen AOK-Bericht eine Studie des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung (DIP) zitiert, nach deren Ergebnissen fast jede dritte Pflegeperson angibt, dass Maßnahmen gegen den Willen von Patient*innen,

Bewohner*innen und Pflegebedürftigen alltäglich seien.

In einer Befragung von Mitarbeitenden in ambulanten Pflegediensten gaben bereits vor den verschärften Bedingungen durch die Corona-Pandemie 40 Prozent zu, sich in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal problematisch verhalten zu haben. Sie seien beispielsweise lauter geworden, hätten Einschüchterung ausgesprochen oder die Pflegebedürftigen hart angefasst, räumten die Befragten ein.

Pflegeexpert*innen gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Denn Gewalt passiert meist im Verborgenen. Hinzu kommt, dass von Gewalt betroffene Menschen entwürdigende Verhaltensweisen nicht immer auch so wahrnehmen. Denn Gewalt muss nicht auf den ersten Blick erkennbar sein.

Demütigung ist auch eine Form von Gewaltausübung

Hinzu kommt, dass Gewaltopfer in Befragungen nicht immer ehrlich sind. Der Grund: Sie empfinden selbst Scham darüber,

wie sie behandelt werden.

Demütigend ist es bereits, wenn Pflegebedürftige grob angefasst oder unbequem hingelegt werden. Offensichtlicher ist die Gewalt, bei der Ruhigstellung mit Medikamenten oder beim Anschnallen mit Gurten ohne Genehmigung. Auch sexuelle Übergriffe kämen im Pflegealltag vor als „eine Form der Machtausübung – unabhängig von sexueller Attraktivität“, sagen AOK-Expert*innen.

Zeitdruck, Personalmangel und Überforderung

Überforderung ist ein Grund für Gewalt. Mögliche Ursachen dafür sind Zeitdruck, Personalmangel, Konflikte im Team und schlechtes Arbeitsklima. Risikofaktoren liegen zum Teil auch bei der pflegenden Person selbst, etwa wenn sie schon Gewalt erfahren hat, an einem Alkoholproblem leidet, gesundheitliche oder finanzielle Sorgen hat.

Wenn Pflegebedürftige demenzkrank sind, steigt das Risiko für gewaltsames Verhalten. Auch pflegebedürftige



Foto: highwaystarz / Adobe Stock

Zwischen Pflegenden und Gepflegten besteht ein sensibles Verhältnis. Gewaltfreiheit ist dabei von höchster Bedeutung, doch das gelingt nicht immer, wie die AOK berichtet.

Menschen können im Übrigen aggressiv werden – eine Herausforderung für das Pflegepersonal.

Mitarbeitendenschulungen können Gewalt vorbeugen

Eine Befragung des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) zeigt, dass es in knapp der Hälfte der Einrichtungen kein Personal gibt, das speziell für den Umgang mit Aggressionen und Gewalt geschult ist. Häufig bleibt das Thema sowohl im Leitbild der Einrichtung als auch im Qualitätsmanagement ausgespart. Dabei ist es so

wichtig, mögliche Vorfälle aufzuarbeiten, unter anderem, um Gefahren vorzubeugen.

Trainings für die Mitarbeitenden sehen Expert*innen als besonders hilfreich an, um Gewalt vorzubeugen oder damit umzugehen. Auch kollegiale Fallbesprechungen, Supervision und eine Plattform, auf der anonym oder namentlich Gewaltereignisse gemeldet werden können, haben sich bewährt. Wünschenswert sei zudem, wenn jede Einrichtung eine*n Beauftragte*n für freiheitsentziehende Maßnahmen habe.

AOK/veo

Tipp für Kinder

Gans schön gut versteckt!

Leo spielt mit seinen liebsten Spielfiguren Verstecken. Doch die Suche nach ihnen wird knifflig. Denn manche haben sich so gut versteckt, dass man lange suchen muss. In diesem Bilderbuch gibt es auf jeder Doppelseite ein oder zwei Wesen zu entdecken, die jeweils auch im gereimten Text verborgen sind. Wer die Botschaft entschlüsselt hat, weiß also zumindest schon einmal, was gesucht werden muss.



Ein raffinierter Findespaß für clevere Kinder und ihre Eltern. Sowohl Erwachsene als auch Kinder können neben einem guten Auge vor allem auch viel Phantasie beweisen.

Markus Spang: Gans schön gut versteckt. Such- und Findespaß ab vier Jahre. Cbj Kinderbücher, 32 Seiten, farbig illustriert, ISBN: 978-3-570-18013-6, 14 Euro.

Möchtet ihr das vorgestellte Buch gewinnen? Dann löst das nebenstehende Rätsel und schickt die Lösung mit dem Betreff „Gans schön gut versteckt“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Rolands Rätselecke

Welches Tier versteckt sich hier?

In der Natur ist es für einige Tiere wichtig, sich zu tarnen. Sie verschmelzen sozusagen mit ihrer Umgebung. Welche der sechs verschiedenen Tiere kannst du auf den unteren Bildern entdecken? Schreib uns ihre Namen und gewinne mit etwas Glück bei unserer Verlosung (siehe links).



Fotos: Ji, Rafael, Wilm Ihlenfeld, Rusty Dodson, Pascal06, erikzunc / Adobe Stock; Montage: SoVD

Fröhliche Fehlersuche

Das Riff der Rätsel

Wer hier abtaucht, kann in der farbenfrohen Unterwasserwelt jede Menge Fische entdecken. Doch auf dem unteren Bild vom „Riff der Rätsel“ haben sich zehn Fehler versteckt – kannst du sie finden? Die Auflösung des Suchspiels steht auf Seite 18.



Grafik: GabiWolf / Adobe Stock



Voll durchgeblickt

Vom Protest zur Revolution

Der Iran ist ein Land, in dem Religion eine wichtige Rolle spielt. Frauen dürfen zum Beispiel ihre Haare nicht zeigen und müssen einen Schleier tragen. Eine junge Frau soll das nicht getan haben und wurde vor drei Monaten verhaftet. Im Gefängnis ist sie dann gestorben. Seitdem protestieren viele Menschen in Iran gegen die strengen Regeln und gegen die Regierung. Sie wollen die Herrschenden in ihrem Land durch eine Revolution vertreiben.

In Deutschland dürfen alle das anziehen, was sie möchten. Das ist in Iran jedoch anders. Vor allem für Frauen gelten dort strenge Vorschriften. Laut Gesetz müssen sie zum Beispiel Kleidung mit langen Ärmeln tragen sowie ihre Haare unter einem Kopftuch verbergen. Das kontrolliert eine sogenannte Sittenpolizei.

Diese verhaftete im September letzten Jahres eine junge Frau. Sie hieß Mahsa Amini und soll ihr Kopftuch nicht richtig getragen haben. Kurz danach starb die 22-Jährige im Gefängnis. Viele Menschen in Iran glauben, dass die Sittenpolizei schuld an ihrem Tod ist. Sie wollen, dass sich etwas an den strengen Regeln ändert und gehen deshalb auf die Straße. Aus Protest verbrennen Frauen dort ihre Kopftücher oder schneiden sich die Haare ab.

Das ist sehr mutig. Denn die iranische Regierung hat das verboten. Die Polizei reagierte mit Gewalt auf den Protest der Bürger*innen. Demonstrierende kamen entweder ins Gefängnis



Foto: picture alliance / ZUMAPRESS / Social Media

Die Menschen in Iran demonstrieren seit Monaten für Freiheit. Aus Protest verbrannten einige Frauen deshalb ihre Kopftücher.

oder wurden sogar erschossen. Trotzdem machten immer mehr Menschen ihrem Ärger über die Regierung Luft.

Bei den Protesten sind inzwischen Frauen und Männer jeden Alters dabei. Sie wissen, dass sie dabei ihr eigenes Leben riskieren. Doch ihre Wut auf die Herrschenden in Iran ist so groß, dass sie diese vertreiben wollen. Man nennt das auch „stürzen“.

Deutschland hat sich mit vielen anderen Ländern zur „Europäischen Union“ (EU) zusammengeschlossen. Diese EU will, dass die Regierung in Iran mit der Gewalt aufhört. Sie soll friedliche Demonstrationen erlauben. Wenn sie das nicht tut, will die EU Politiker*innen aus dem Iran bestrafen. Sie dürfen dann zum Beispiel nicht mehr nach Europa reisen.

 **Zeitmaschine**

Einführung der Mehrwertsteuer

In einer Großen Koalition regierten CDU/CSU und SPD erstmals unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zusammen. Zu den von beiden Parteien angestoßenen Veränderungen gehörte auch die Einführung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1968. Kompliziert ist diese bis heute nicht allein aufgrund ihrer verschiedenen Bezeichnungen, zu denen auch Umsatzsteuer oder Vorsteuer gehört. Auch deren vom jeweiligen Produkt abhängige Berechnung ist nicht immer ganz leicht nachzuvollziehen.

Der damalige Finanzminister Franz-Josef Strauß (CSU) und der Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) arbeiteten eng zusammen. Die im Volksmund als „Plisch und Plum“ bezeichneten Politiker reformierten auch die Umsatzsteuer. Diese fiel bis dahin bei jedem einzelnen An- und Weiterverkauf an. Durchlief eine Ware im Zwischenhandel mehrere Stationen, addierte sich die Abgabe dadurch und war im endgültigen Verkaufspreis gleich mehrfach enthalten. Das änderte sich vor 55 Jahren grundlegend.

Ab dem 1. Januar 1968 war die Mehrwertsteuer als eine Form der Umsatzsteuer für Gewerbetreibende „vorsteuerabzugsfähig“. Sie erhielten die im Preis enthaltene Steuer vom Finanzamt zurück und mussten den Betrag beim Weiterverkauf nicht mehr aufschlagen.

Für Diskussionen sorgt bis heute die Unterscheidung zwischen dem vollen Umsatzsteuersatz von 19 Prozent und dem



Foto: Roland Witschel / picture alliance

Prost Neujahr: Bei dieser Verkäuferin gab es die Brezel Anfang Januar noch zum alten Preis – ein kleiner Trost für alle, denen die neue Mehrwertsteuer noch suspekt war.

ermäßigten Satz von sieben Prozent. Auf Lebensmittel im Supermarkt etwa wird die geringere Steuer erhoben, in der Gastronomie dagegen gilt der reguläre Satz.

Die zweite Große Koalition widmete sich 2005 erneut der

Mehrwertsteuer. Nachdem die Union diese um zwei Prozent erhöhen wollte, die SPD dies im Wahlkampf jedoch abgelehnt hatte, schloss man einen Kompromiss: Zum 1. Januar 2007 stieg der reguläre Satz der Mehrwertsteuer um drei Prozent.

 **Buchtipps**

Das Unrecht

Jedes Jahr zum Herbst erfasst Annett eine innere Unruhe. Dann werden die Erinnerungen an den Sommer 1988 und an die Clique von damals wach: Fünf Freunde, die sich blind vertrauten, bis einer von ihnen zum Verräter wurde.

Erst Jahrzehnte später begreift Annett, dass sie erst Frieden finden wird, wenn sie sich der Vergangenheit stellt. Kurz entschlossen fährt sie nach Wismar, zurück in ihre alte Heimat. Doch je mehr sie über die Ereignisse jenes Sommers herausfindet, umso deutlicher wird, dass sie die Vergangenheit besser ruhen lassen sollte. Denn der Verrat von damals reißt ihr Leben erneut in einen Abgrund.



Ellen Sandberg: *Das Unrecht*. Penguin, 416 Seiten, ISBN: 978-3-328-60254-5, 22 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Das Unrecht“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

 **Denksport**

Alt werden will jeder, alt sein dagegen niemand

- 1) Man wird alt, wenn die Leute anfangen zu sagen, dass man jung aussieht.
- 2) Alte Leute sind gefährlich; sie haben keine Angst vor der Zukunft.
- 3) Alt werden ist natürlich kein reines Vergnügen. Aber denken wir an die einzige Alternative!
- 4) Wie alt man geworden ist, sieht man an den Gesichtern derer, die man jung gekannt hat.
- 5) Beim Film ist es wie im Leben: Man beginnt als jugendlicher Liebhaber, dann wird man Charakterdarsteller und endet als komischer Alter.

Foto: Krakenimages.com / Adobe Stock

Wem ordnen Sie diese Aussagen am ehesten zu? Sie haben die Wahl zwischen dem Schriftsteller Heinrich Böll (1917–1985), dem Schauspieler Jean Gabin (1904–1976), dem TV-Moderator Robert Lembke (1913–1989), dem Dramatiker George Bernhard Shaw (1856–1950) und dem Komiker Karl Dall (1941–2020). Die Lösungen finden Sie wie immer auf Seite 18.

 **Gib's doch gar nicht, oder?**

Ein schlitzohriger Philosoph

Im Jahr 1729 wollte der französische Vize-Finanzminister Michel Robert Le Peletier des Forts die Finanzen des Landes sanieren. Gelingen sollte das durch Staatsanleihen. Da diese weithin als wertlos galten, verknüpfte der Minister deren Erwerb mit einer lukrativen Lotterie. Allerdings unterlief ihm dabei ein Rechenfehler, den der Philosoph Voltaire gemeinsam mit Freunden schamlos ausnutzte.

François-Marie Arouet gab sich selbst den Namen „Voltaire“ und prägte als Philosoph und Dramatiker in Frankreich die Zeit der Aufklärung. Sein Spott

und seine Kritik forderten die Mächtigen ein ums andere Mal heraus. Diese verboten die Einführung seiner Theaterstücke

oder zwangen ihn dazu, sein Heimatland zu verlassen.

Als ein befreundeter Mathematiker von der neuen Lotterie des Königs berichtete, reifte in Voltaire ein raffinierter Plan. Mit Freunden gründete der gut vernetzte Philosoph heimlich ein Konsortium. Dieses kaufte nach und nach sämtliche Staatsanleihen und damit alle verfügbaren Lose auf. Dadurch landeten auch alle Gewinne in ihren Taschen – und die überstiegen bei Weitem ihre Investitionen.

Nachdem der schelmische Voltaire auf der Rückseite einiger Lose seinen „Dank an den Finanzminister“ vermerkt hatte, flog die Gruppe auf. Doch da sie nicht gegen das Gesetz verstoßen hatte, musste der düpierte Minister zahlen. Die schlecht kalkulierte Staatslotterie jedoch stellte er kurz darauf ein.



Fotos: hobbitfoot, jorisvo / Adobe Stock



Profit dank Aufklärung und Mathematik: Mit einem Trick sahnte der Philosoph Voltaire bei der französischen Staatslotterie ab.

Buchtipps

Medizin verändern

Werden wir beim Arztbesuch wahrhaft gesehen und gehört? Oder werden wir mit unseren Beschwerden, Ängsten und Sorgen einfach nur abgefertigt und letztendlich allein gelassen?

In seinem sehr persönlichen Buch beschreibt Dietrich Grönemeyer anhand bewegender Erlebnisse und Erfahrungen, was sein Verständnis als Arzt geprägt hat – und was wir tun müssen, um zu guter Gesundheit zu finden: Wir brauchen eine Medizin, in der individuell und ganzheitlich auf die Patient*innen eingegangen wird. Für Grönemeyer spielen dabei Prävention, Aufklärung und Eigenverantwortung eine entscheidende Rolle. Sein Motto „Den Jahren Leben geben“ steht für eine Medizin des Wohlbefindens, in der jeder Mensch nur an einer Stelle stehen kann: im Mittelpunkt.



Dietrich Grönemeyer: *Medizin verändern*. Ludwig Verlag, 288 Seiten, ISBN: 978-3-453-28156-1, 22 Euro.

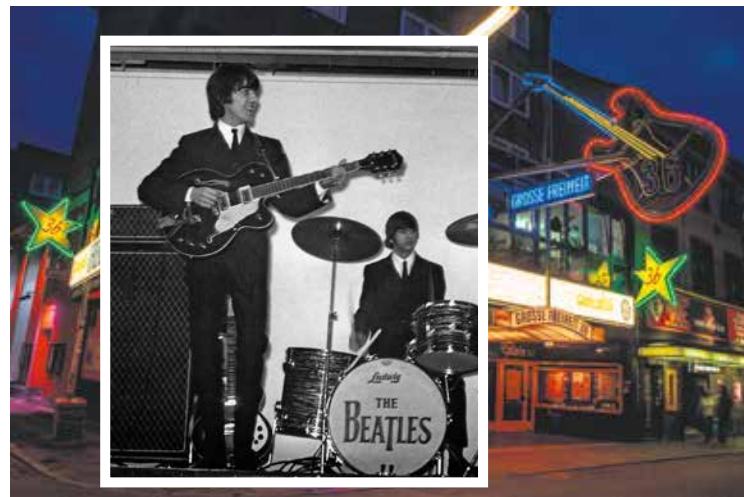
Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Medizin verändern“ per E-Mail an: verlosung@sovde.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Hätten Sie's gewusst?

Sperrstunde für einen Beatle

Zu Beginn ihrer Karriere traten die Beatles in Hamburg auf. Auf der Reeperbahn spielten sie dabei in direkter Nachbarschaft zu mehr als fragwürdigen Etablissements. Eben das wurde dem damals noch minderjährigen George Harrison zum Verhängnis. Die deutsche Justiz wies den 17-Jährigen aus und schickte ihn kurzerhand zurück nach Liverpool. Das Konzert der Beatles war geplatzt.

George Harrison musste stets um die Anerkennung seiner Musikkollegen kämpfen. Denn in der ersten Reihe standen Paul McCartney und John Lennon. Sie gaben den Ton an und hatten den damals 15-Jährigen nur deshalb in die Band aufgenommen, weil Harrison hervorragend Gitarre spielen konnte. Für das Innenverhältnis der Gruppe erwies sich dessen Ausweisung aus Deutschland daher als Glücksfall. Erstmals erkannten die anderen drei Beatles, was sie an ihrem „Nesthäkchen“ hatten: Sie brachen die übrigen Hamburg-Konzerte ab und traten ebenfalls die Heimreise an.



Fotos: chrisdorney/Adobe Stock; Public Record Office of Northern Ireland
George Harrison (li.) scheiterte 1960 an der Sperrstunde. Anders als Ringo Starr und seine Bandkollegen war er noch minderjährig.

Redensarten hinterfragt

Ein Gedächtnis wie ein Elefant

Menschen, die sich nach langer Zeit noch an Dinge erinnern können, wird nachgesagt, sie hätten ein „Gedächtnis wie ein Elefant“. Hinter diesem vermeintlichen Klischee steckt viel Wahrheit. Denn die Dickhäuter haben tatsächlich ein ungewöhnlich gutes Erinnerungsvermögen.

Biologisch betrachtet hat das gute Gedächtnis der Elefanten einen einfachen Grund: Sie sind darauf angewiesen, um zu überleben. Das Abspeichern guter und schlechter Erfahrungen ist gerade deshalb so wichtig, weil die Tiere bis zu 90 Jahre alt werden können.

Noch nach mehreren Jahrzehnten erinnern sich Elefanten an Wege zu Futterplätzen oder Wasserstellen. Das macht gerade ältere Leittiere für eine Gruppe unendlich wertvoll. Denn sie sichern zum Beispiel in einer Dürreperiode das Überleben der Herde und geben ihr Wissen an die Jungtiere weiter.



Foto: Michael/Adobe Stock
Elefanten vergessen nie: Sie finden nicht nur Wasserstellen wieder, sondern merken sich auch, wer sie einmal schlecht behandelt hat.

Des Rätsels Lösung

Rätselhaftes zum Weihnachtsfest (Ausgabe Dezember, Seite 16)

Wenn du alle Bilder bei dem Adventsrätsel unserer Weihnachtsausgabe richtig zugeordnet hast, dann stand am Ende das

Lösungswort „Schlitten“ auf Das Riff der Rätsel (Fröhliche Fehlersuche, Seite 16)

Alt werden will jeder, alt sein dagegen ... (Denksport, Seite 17)

Hier also die korrekte Zuordnung der Zitate:
1) Karl Dall,
2) George B. Shaw,
3) Robert Lembke,
4) Heinrich Böll,
5) Jean Gabin.



Variante: LEICHT

8		○	4	1		9	6
9		7	5			1	
				8	5	2	
2						3	4
4			6				9
	3	9	○				8
	9	2	6				
	5			2	9		1
7	8		1	4	○		2

Auflösung des Vormonats

2	4	7	5	6	8	3	1	9
3	1	6	9	7	2	4	8	5
9	8	5	3	4	1	7	6	2
1	5	4	8	9	3	2	7	6
8	2	9	7	1	6	5	3	4
7	6	3	2	5	4	1	9	8
5	9	1	6	2	7	8	4	3
6	7	8	4	3	5	9	2	1
4	3	2	1	8	9	6	5	7

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

2	5			○		8	9
7			9		6		
6	3					7	
1			5			6	○
			6	9	7		
		7			1		9
		3				6	8
	○		8	4			1
	8	1				5	3

Auflösung des Vormonats

3	7	6	1	8	9	4	2	5
9	2	4	6	7	5	1	3	8
8	5	1	4	3	2	6	7	9
2	6	9	8	5	1	3	4	7
5	4	7	3	9	6	8	1	2
1	3	8	7	2	4	5	9	6
7	1	3	9	6	8	2	5	4
4	8	5	2	1	7	9	6	3
6	9	2	5	4	3	7	8	1

Möchten Sie einen weiteren Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen (von oben nach unten) und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovde.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.



Mit spitzer Feder

Buchtipps

Wohnen in Krisenzeiten

Mohn und Regen



Die Journalistin und Autorin Alexa von Heyden steht mit Ende dreißig an einem Wendepunkt. Ein unerfüllter Kinderwunsch hat sie in eine tiefe Krise gestürzt. Sie sucht Halt bei ihrer eigenen Mutter, die gerade auf Wolke sieben schwebt. Auf einer spontanen Reise nach Amerika lernen sich Mutter und Tochter neu kennen. Während die pensionierte Ärztin ihre Jugendliebe wiedertrifft, beginnt Alexa mehr und mehr loszulassen und die Welt mit anderen Augen zu sehen.

Das Buch schildert die Reise zweier starker Frauen, die ihre jeweilige Rolle hinterfragen. Dabei lernen sie, das Schicksal auch als Chance zu verstehen.

Alexa von Heyden: *Mohn und Regen*. Diana Verlag, 272 Seiten, ISBN: 978-3-453-29247-5, 18 Euro.



Möchten Sie dieses Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Mohn und Regen“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Reklame- einfassung eines Spiel- feldes	span. Maler (Salvador) † 1989	Stadt in den Nieder- landen	Signal- wort beim Start	hoher Marine- offizier	rote Rebsorte a. Frank- reich	einzelnes Ergebnis einer Messung	einer der drei Muske- tiere	Zeichen für Helium	Hort für Klein- kinder	Hinter- ansicht	Programm, das Soft- ware ver- ändert
früher: eine Adlige am Hof						Rhein- Zufluss aus der Eifel			2	Schaf-, Ziegen- o. Kalb- leder	8
Radar- schutz- kuppel											namhaft, berühmt
hoch- näsiger											
Zuhause	Abk.: Betriebs- norm	Gewässer i. Russ- land Bedeutung	nauf. Ge- schwin- digkeits- messer	ugs.: (unver- hofftes) Glück							
durchaus											
aus tiefstem Herzen	Wunsch- bild, ide- alisierte Person		männl. Sing- stimme								
dt. Flug- zeugbauer (Ernst) † 1958	Farb- karpfen, Zierfisch	frühere russ. Raum- station	Gebirge auf Kreta	poln. Stadt an d. Warthe (dt. Name)							
leitender Aus- schuss											
fest, zuver- lässig	nord- amerik. Vieh- farm										

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

Impressum

SoVD - Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 - 0, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortw.), Joachim Schöne (jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Nancy Gühne (Redaktionsassistentin). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen, Telefon: 07243/53 90 120, Mobil: 0179/61 04 719, E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 3. Quartal 2022 insgesamt 408.876 Exemplare.



Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren Buchpreises bitte bis zum 15. Januar einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Aktuelle Urteile

Sozialhilfe bei Inflation

Sozialgerichte können nicht einfach jemandem mehr Geld zusprechen. So setzte ein Sozialhilfe-Empfänger nicht durch, dass er mehr vom Jobcenter erhält, weil ihn die Inflation härter treffe als andere.

Ein Mann, der neben seiner Altersrente ergänzende Grundversicherungsleistungen bezieht, verlangte eine individuelle Erhöhung der Regelleistung auf 620 Euro – vergeblich. Wegen der Bindung der Gerichte an Recht und Gesetz gebe es keinen über den gesetzlichen Betrag hinausgehenden Satz (LSG Niedersachsen-Bremen, Az.: L 8 SO 56/22 B ER).

Foto: brudertack69/Adobe Stock

Bild re.: Gesetze, nicht Gerichte legen die Leistungshöhen fest.



Befunde für Behinderung

Ohne einen „richtigen“ medizinischen Befund für eine Schwerbehinderung lässt sich ein entsprechender Grad der Behinderung (GdB) nicht feststellen. Das machte das Bundessozialgericht klar.

Hier ging es um einen Schwerbehinderten, der seit Jahren an einer Sehstörung leidet, für die weder eine psychisch-neurologische noch eine organische Diagnose vorliegt. Er konnte keine Erhöhung seines GdB durchsetzen. Die Verordnung schreibt zwingend vor, dass ein Befund über die Funktion des Auges vorhanden sein muss (BSG, Az.: B 9 SB 4/21 R).

wb
Foto: luckybusiness/Adobe Stock

Re.: Ohne ärztliche „Belege“ wird ein höherer GdB schwer.



Briefe an die Redaktion

„Geld an wirklich Bedürftige“

In dieser Rubrik veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich dabei um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Post an: SoVD, Redaktion & digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Beim Thema Entlastungen bezieht sich SoVD-Mitglied Alexander Stahl (per E-Mail, Sachsen) auf den Artikel „SoVD vor Bundestagsausschuss“ (November-Ausgabe, Seite 5). Er weist auf eine spezielle Lebenslage hin:

Bezugnehmend auf Ihr Engagement für die vielen Rentner, die beim ersten „Entlastungspaket“ schon mal leer ausgegangen sind – es gibt noch andere Gruppen, die bis jetzt nicht berücksichtigt wurden, trotz galoppierender Inflation, u. a. die Langzeitkranken [...].

Betriebliche Lohnerhöhungen [...] gehen komplett vorbei an [...] Arbeitnehmenden, ebenso die erste Zahlung zum Entlastungspaket als auch die Zahlungen an Rentner. Greift leider nicht bei Leuten, die krankheitsbedingt sowieso schon nur noch einen Teil des normalen Einkommens erhalten und zudem auch noch auf die Wärme im eigenen Haushalt angewiesen sind.

Ich bin seit Mitte März krankgeschrieben und habe seitdem noch keinerlei Zuwendung durch Krankenkasse oder Finanzamt noch seitens meiner Firma gesehen ...

Wäre an der Zeit, [dass] das Geld an die wirklich Bedürftigen ausbezahlt wird und nicht nur an einzelne, ausgewählte Gruppen der Bevölkerung. Meine Betonung liegt auf „Bedürftigen“ – was bitteschön soll ein Bundestagsabgeordneter



Foto: rovesalainen/Adobe Stock

Eine oft vergessene Gruppe: lange krankgeschriebene Menschen.

mit 10k+ Euro Monatseinkommen mit der Energiekostenpauschale, das steckt der doch lachend in die Portokasse, während bei Rentnern oder auch dauernd Pflegebedürftigen es auf jeden Cent ankommt.

Zu „Bei der Bahn keine Wahl“, (Dezember-Ausgabe, Seite 8) ergänzt Alexander Dees aus Oberhausen (NRW) ein ärgerliches Beispiel aus dem Alltag:

Ich kann Ihren Artikel aus ganzem Herzen unterstützen! Ich [...] habe im Verkehrsverbund VRR ein sog. Barenticket für Menschen über 60. Nach 19 Uhr und an Wochenenden darf ich eine*n Begleiter*in mit in die 1. Klasse nehmen.

Meine Partnerin sitzt im Rollstuhl und hat dank SoVD in Unna einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen B, G, BL, H, unbefristet und GdB 100.

Ich habe ein paar Mal versucht, [sie] mit in die erste Klasse zu nehmen. Die Zugbegleiter*innen haben das stets abgelehnt. Das „ginge nicht“, „sei nicht zulässig“, „aus Sicherheitsgründen“ usw., obwohl die Bahn auch nicht weniger sicher ist als [...] Bus, Straßen- oder U-Bahn. Irgendwann habe ich aufgegeben. Jetzt sitze bzw. stehe ich (wenn überfüllt) trotz Barenticket im Behindertenbereich des Zuges, verzichte also auf mein bezahltes Recht auf erste Klasse. [...]

Anzeige

Bayerischer Wald

Denken Sie JETZT an Ihre Gruppenreise 2023!
Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bay. Wald

Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräutersauna, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse, Frühstücksbuffet, Menüwahl.

300,-

5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ inkl. 1x Reiseleitung für eine Tagesfahrt

URLAUBSHOTEL
Binder

Inhaber: Alfred Binder
Freihofer Str. 6
94124 Büchlberg
Tel. 08505-9007-0
Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de

www.hotelbinder.de

Polnische Ostsee

Wir wünschen Ihnen ein gesundes neues Jahr 2023
Speziell für den SoVD inklusive Haustürabholung*

Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60

14 Tage Kur - poln. Ostsee
3***+Hotel, 300m zum Strand
Schwimmbad/Sauna, Ü / F / HP, Fahrstuhl
2 Anwend. p. Werktag, Termine ganzjährig

14 Tg. p.P./DZ. ~~699,-~~
EZ ab 10 € p.N. 28 Tg. mögl. ab **599,-**

Neu Kombi-Reisen Mai / Okt. 2023 Neu

1 Woche Erlebnisreise Masuren
1 Woche Erholung/ Kur poln. Ostsee,
alles inkl. Haustürabholung, Ü/F/HP,
Ausflüge, Eintrittsgelder,
Kuranwendungen

p.P./DZ EZ ab 10 € p.N. **1.299,-**

* Haustürabholung: PLZ 0-5 inklusive, PLZ 6-9 auf Anfrage

Wir bedanken uns bei unseren Kunden vom SoVD und freuen uns Sie 2023 wieder mit auf Reisen zu nehmen. fordern Sie unsere Prospekte an: kurundvital@preiswerte-kurreisen.de

50€ p.P. Rabatt

Nord-/ Ostsee

Büsum ***.FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ 0174/6113066

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ 04841/63987 www.jacobs-ferienwohnung.de

Nordseebad Burhave: FeWo 2P, Hallenbad, barfr. Duschbad, Sauna ☎ 04733-9109992

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos, Dachterr., Badesee, Hauspc. ☎ 04835/1300, landhausamgrahof.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 04846/291

BÜSUM, **-Fewo**, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ 04834/2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo, Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Service & Montage übernimmt unser Hersteller

Auch zur Miete

- ▶ Service bundesweit
- ▶ Kurze Lieferzeiten
- ▶ Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an
0800 - 55 33 112
www.minova-lift.de

Suche Stahlhelme + Dolche beider Weltkriege für Militärsammlung ☎ 0152-28155747 f.sommer333@gmail.com

Witwe, wohnhaft Nähe HH etwas gehbehindert, motorisiert, sucht Freunde 80+/- m/w für, Gedankenaustausch, gemeinsame Unternehmungen, vielleicht auch für ein späteres Miteinander. Aussehen, Handicap zweitrangig. Wichtig ist gegenseitiges Vertrauen und Ehrlichkeit. Chiffre-Nr.: 01-2023-01

Weserbergland

Hotel-Pension „Resi“
Zim. Du/WC, TV., Radio, Tel., teils Balk., Hallenbad, Solar., Liegew.-Terr., Herrliche Rad- und Wanderwege.
So.-Fr. 5x Ü/HP 290€ p.P., Weihnachten Silvester 10x Ü/VP 795€ p.P. Weitere Angebote auf Anfrage.
☎ 05273/1397 • www.hotel-pension-resi.de

Inh. Markus Weber
Am Kreuzberg 2
37688 Beverungen

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV., Sep.-Eing., Ruhelage, 2 Pers., ab 35,- €/Tag ☎ 05524/1630

Bad Lauterberg FeWo, 50 m², 2 Pers. Balkon, ab 30,- €, Gerlach ☎ 05524/80698

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur

neun

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Ansprechpartner:
Agentur Neun GmbH
Sarina Blender
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/5390-123
E-Mail:
sarina.blender@agenturneun.de

Polnische Ostsee

(K)urlaub u.a. Rügen, Usedom, Kolberg, Marienbad, 14 Tg., HP, 30 Anwd., Hausabholung ab € 366,- ☎ 05251/390 900. JAWA-Reisen.de (GmbH)
Giersstraße 20, 33098 Paderborn

MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS





BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR



Winterzauber im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- **4 Tage / 3 Übernachtungen** HP+ inklusive umfangreiches Wohlfühl- und Erlebnispaket (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, u. v. m.)
- **3 Abendessen** vom großzügigen und abwechslungsreichen Buffet inkl. Getränkeauswahl
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf das Hotel-Friseur-Angebot *
- **Wertgutschein** Hotel-Shop

Eintritt zu folgenden Erlebnis-Highlights bereits im Preis enthalten:

- Luftfahrtmuseum Wernigerode • Rübeländer Tropfsteinhöhle
- Erlebnisführung „Glasmanufaktur Harzkristall“

Ihr Komplettpreis

WE-Zuschlag für Erwachsene: 15,00 € / Tag (Fr & Sa).
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
Zzgl. Energiekostenpauschale 3,00€/Erw./Nacht.

Angebot gültig im Zeitraum 01.01.-02.04.23

je Erw.
im DZ

279,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu
**37%
Vorteil!**

*nach Voranmeldung/Verfügbarkeit



HARZPIN
de
ERLEBNISZIELE IM HARZ

BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49 (0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

Apotheken Umschau – immer besser informiert



Mit vielen Sofort-Tipps für Ihre Gesundheit

Mit Ratschlägen für eine gesunde Ernährung

Mit Forschung und Wissenschaft

JETZT in Ihrer Apotheke!

Lesen, was gesund macht.

Erholungsreisen mit **KURdirekt**



8 Tage p.P. ab € 599,-

KEIN Einzelzimmer-Zuschlag!

Erholungsreise nach Bad Füssing



15 Tage p.P. ab € 699,-

Kur-Anwendungen inkl.!

Erholung an der Ostseeküste

Verbringen Sie erholsame Urlaubstage in Bad Füssing. Der im Herzen des Passauer Landes gelegene Kurort Bad Füssing gilt als beliebtestes Heilbad Europas.



IHR HOTEL: 3+ Kurhotel Panland

Lage: Das Kurhotel Panland liegt zentral und dennoch ruhig im Herzen von Bad Füssing, in der Nähe des Kurparks.

Zimmer/Ausstattung: Die 92 gemütlichen Zimmer des Hotels sind mit Dusche/WC, Sat.-TV, Telefon, Kühlschrank, kostenfreiem Internetzugang (WLAN) und Balkon ausgestattet. Darüber hinaus bietet Ihnen das Hotel einen Lift, Lobby-Bar und zwei Restaurants.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Entspannte Stunden verbringen Sie in der hauseigenen Sauna oder Infrarotkabine des Hotels oder lassen Sie sich bei wohltuenden Wellnessbehandlungen (gg. Aufpreis) verwöhnen. Für den sportlichen Ausgleich bietet Ihnen das Hotel einen Fitness- und Gymnastikraum.



3+ Kurhotel Panland



Zimmerbeispiel, 3+ Kurhotel Panland



Sauna, 3+ Kurhotel Panland

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 3+ Kurhotel Panland
- ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ 7/14/21x Abendessen vom Buffet
- ✓ Obst und Mineralwasser bei der Anreise im Zimmer
- ✓ Kostenfreie Nutzung des hoteleigenen Wohlfühlbereichs
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Örtliche Reiseleitung
- ✓ Mit Zahlung der Kurtaxe vor Ort (ca. € 2,90 p.P./Tag) können Sie die folgenden Leistungen der Kur- und Gästekarte Bad Füssing in Anspruch nehmen, u. a. mit:
 - Eintritt zu den Kurkonzerten des Kurorchesters
 - Teilnahme am geführten Rad- und Wanderprogramm
 - Nutzung des Orts- und Bäderverkehrs gemäß Fahrplan

TERMINE & PREISE 2023 p.P. im DZ/EZ

Anreise: montags	8 Tage/ 7 Nächte	Verl.-Woche
A 16.01.23; 23.01.23 27.11.23; 04.12.23; 11.12.23	€ 599,-	€ 399,-
B 30.01.23; 06.02.23; 13.02.23; 20.02.23; 27.02.23; 06.03.23; 13.03.23; 20.03.23; 27.03.23 16.10.23; 23.10.23; 30.10.23; 06.11.23; 13.11.23; 20.11.23	€ 649,-	€ 429,-
C 03.04.23; 10.04.23; 17.04.23; 24.04.23; 01.05.23; 08.05.23; 15.05.23; 22.05.23; 29.05.23; 05.06.23; 12.06.23; 19.06.23; 26.06.23; 03.07.23; 10.07.23; 17.07.23; 24.07.23; 31.07.23; 07.08.23; 14.08.23; 21.08.23; 28.08.23; 04.09.23; 11.09.23; 18.09.23; 25.09.23; 02.10.23; 09.10.23	€ 699,-	€ 479,-

KEIN Einzelzimmer-Zuschlag!

Hinweise:

- > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort: ca. € 2,90 p.P./Tag
- > Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstraße 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz

Reisecode: SOVD

Das Ostseebad Kolberg ist mit sechs Kilometer feinstem Sandstrand das größte Heilbad Polens. Aus morastigen Wiesen in der Umgebung wird das „Kolberger Heilmoor“ gestochen, das eine Reihe von hochwirksamen Stoffen enthält.



IHR HOTEL: 3+ Aparthotel Nad Parseta

Lage: Das moderne Kurhotel liegt an der Altstadt von Kolberg, am Fluss Parsante. Die Strandpromenade erreichen Sie in ca. 30 Gehminuten oder mit dem Shuttlebus (nach vorheriger Anmeldung; gg. kleine Gebühr).

Zimmer/Ausstattung: Die 86 Nichtraucher-Zimmer und -Appartements sind modern mit Dusche/WC, Fön, Sat.-TV, Telefon, Kühlschrank, Wasserkocher, kostenfreiem Internetzugang (WLAN), Balkon und Safe (gg. Gebühr) ausgestattet. Im Hotel Nad Parseta befinden sich zudem eine Rezeption mit Wechselstube, Safevermietung und Bademantelverleih (jeweils gg. Gebühr), drei Lifte, ein Restaurant und eine Bar.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Die Kur-Anwendungen erfolgen in den hauseigenen Behandlungsräumen. Es werden bspw. Moorpackungen, Bäder, Massagen und Inhalationen angeboten. Im Hotel befinden sich darüber hinaus ein kleines Schwimmbad (2 x 5 m, ca. 27°C), Whirlpool, Fitnessraum (kostenlose Nutzung) sowie eine Salzgrotte und eine finnische Sauna (jeweils gg. Gebühr).



3+ Aparthotel Nad Parseta



Zimmerbeispiel, 3+ Aparthotel Nad Parseta

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 14x Übernachtung im 3+ Aparthotel Nad Parseta
- ✓ 14x Halbpension
- ✓ 1x Kuchenbuffet pro Woche
- ✓ Ärztliches Eingangsgespräch
- ✓ 3 Kur-Anwendungen pro Werktag* (Mo-Fr) nach ärztlicher Vorgabe
- ✓ Kostenfreie Nutzung von Schwimmbad, Whirlpool und Fitnessraum (12-18 Uhr)
- ✓ Kostenfreie Teilnahme an den Hotel-Veranstaltungen
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- ✓ Vorteilskarte mit Vergünstigungen in den Geschäften vor Ort
- ✓ 24-Stunden-Notruftelefon
- ✓ Möglichkeit zur Buchung von Ausflügen vor Ort

TERMINE & PREISE 2023 p.P.

Anreise: samstags	15 Tage/14 Nächte im DZ	EZ-Zuschlag
A 18.02.23; 04.03.23 28.10.23; 11.11.23	€ 699,-	€ 196,-
B 18.03.23; 01.04.23; 15.04.23; 29.04.23 16.09.23; 30.09.23; 14.10.23	€ 799,-	€ 196,-
C 13.05.23; 27.05.23; 10.06.23; 24.06.23; 08.07.23; 22.07.23; 05.08.23; 19.08.23; 02.09.23	€ 899,-	€ 196,-

Hinweise:

- *An polnischen Feiertagen entfallen die Kur-Anwendungen ersatzlos.
- > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort: ca. € 1,20 p.P./Tag
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz

Reisecode: SOVD

Weitere Angebote im neuen Katalog 2023 - Jetzt kostenlos anfordern!



Beratung & Buchung:
0800 - 228 42 66
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 09-17 Uhr

Wir haben vom **24.12.-01.01.2023** Betriebsruhe. Ab dem **02.01.2023** sind wir gerne wieder für Sie da.

Online buchbar direkt unter:
www.kurdirekt.de

Pflegen Sie einen Angehörigen?

Dann nutzen Sie den Anspruch auf kostenfreie Pflegehilfsmittel!

Auch FFP2-Masken im Set kostenfrei erhältlich!

Kostenfreie Pflegehilfsmittel

für die häusliche Pflege

Bis zu **40€** monatlich

Sie pflegen einen Angehörigen mit Pflegegrad? Dann haben Sie einen gesetzlichen Anspruch auf zuzahlungsfreie Pflegehilfsmittel!

Was viele Pflegebedürftige nicht wissen: Mit einem Pflegegrad (1–5) können Sie sich Pflegehilfsmittel, wie z. B. Einmalhandschuhe, Händedesinfektion, Bettschutzunterlagen oder **FFP2-Masken** und Einmal-Lätzchen erstatten lassen.

Mit den zuzahlungsfreien Produkten sollen pflegende Angehörige so finanziell entlastet werden. Monatlich übernimmt die Pflegekasse Kosten in Höhe von bis zu 40 €.

Um den Anspruch nutzen zu können, genügt der Antrag von **meinPflegeset**. Um die Bewilligung und Kostenübernahme durch die Pflegekasse kümmern wir uns dann für Sie.

meinPflegeset steht Ihnen in 6 verschiedenen Kombinationen zur Verfügung, zusätzlich können Sie sich Ihr eigenes **meinPflegeset** zusammenstellen – ganz nach Ihren persönlichen Bedürfnissen.

Sie bekommen die gewünschten Hilfsmittel dann jeden Monat pünktlich und ohne Zuzahlung an die von Ihnen gewünschte Adresse geliefert.

Für Rückfragen sind wir jederzeit gerne kostenfrei unter Tel.: 0800 000 83 64 persönlich für Sie da oder per E-Mail an: kontakt@mein-pflegeset.de

Weitere Infos unter: www.mein-pflegeset.de

in Service von: Praxis Partner
Fachversand für
Arzt- und Laborbedarf GmbH
In den Fritzenstücker 9–11
65549 Limburg



Ihre Vorteile im Überblick

- ✓ Pflegebedürftige mit Pflegegrad haben Anspruch auf kostenfreie Pflegehilfsmittel gemäß § 40 SGB XI
- ✓ In der Regel übernimmt die Pflegekasse die Kosten des monatlichen Pflegesets zu 100%
- ✓ Keine Vertragsbindung
- ✓ Pflegeset jederzeit anpassbar
- ✓ Wir liefern das gewünschte Pflegeset zuverlässig und versandkostenfrei nach Hause



Kräuterhaus Sanct Bernhard

www.kraeuterhaus.de

Bestell-Telefon: 073 34/96 540



Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Grünlippmuschel

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit („Gelenkschmiere“) vorkommen. Jede Kapsel enthält **500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat**.

- Best.-Nr. 805 150 Kapseln € 12,50
- Best.-Nr. 1850 300 Kapseln € 23,00



GRATIS-TEST-Bestell-Coupon hier abtrennen, ausfüllen und einschicken!

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32 auch online einlösbar!

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei***

Vitamin C 600 Supra-Kapseln, 60 Stück

Zur Unterstützung Ihres Immunsystems!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probest!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96133	Vitamin C 600 Supra-Kapseln	1	GRATIS	
<i>versandkostenfrei</i>				

Alle Informationen zu unseren Produkten unter www.kraeuterhaus.de
Informationen zur Datenverarbeitung unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz

Name, Vorname _____
 Straße, Nr. _____
 PLZ, Ort _____
 Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____
 Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:
 Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
 Helfensteinstr. 47, Abt. 32
 73342 Bad Ditzgenbach
 Tel.: 073 34/96 540
 Fax: 073 34/96 5444
 Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de



Magnesium 400 supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das **Wohlbefinden** – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden.

Hoch dosiert – nur 1 x täglich!

- Best.-Nr. 129 120 Kapseln € 8,50
- Best.-Nr. 135 300 Kapseln € 17,50

NEU

Vitamin D3 2.000 I.E.

Vitamin D3 ist für viele Lebensfunktionen unentbehrlich. Es spielt eine wichtige Rolle für **feste, stabile Knochen und Zähne**, sowie für ein **vitales Immunsystem**. Jede Mono-Tablette enthält **50µg Vitamin D3** entsprechend 2.000 I.E.

- Best.-Nr. 209 150 Tabletten € 6,00
- ab 3 Packungen nur € 5,50



Hyaluronsäure-Kapseln 500mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der **Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels**. Jede Kapsel enthält **500mg Hyaluronsäure** und **40mg Vitamin C**, das zur **Kollagenbildung** beiträgt.

- Best.-Nr. 864 90 Kapseln für 3 Monate € 19,50
- ab 3 Packungen nur € 18,00



Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die **sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes** und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten **Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana** sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

- Best.-Nr. 1043 120 Kapseln € 21,50
- ab 3 Packungen nur € 19,00



Bio-Hagebutten-Pulver

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur **Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müslis** oder zur Vermischung mit Saft.

vegetarisch, glutenfrei, vegan

- Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = €24,00) € 12,00
- ab 3 Dosen (je 1kg = €22,00) nur € 11,00



Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit **B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt!** Wichtig für die Erhaltung von **Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness** ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von **Gehirn, Psyche und Nervensystem** abgestimmt sind.

- Best.-Nr. 81 180 Kapseln für 6 Monate € 13,50
- ab 3 Packungen nur € 12,00

Das Schauspielern brachte sich Omar Sy („Ziemlich beste Freunde“) selbst bei

Als Quereinsteiger zum Erfolg

Eher durch Zufall gelangte er über Telefonscherze beim Radio zum Film. In der Komödie „Ziemlich beste Freunde“ spielte er einen Kleinkriminellen, der einem Querschnittsgelähmten zu neuem Lebensmut verhilft. Am 20. Januar wird der französische Schauspieler Omar Sy 45 Jahre alt.



Foto: Zuzana Panská/Odeon Fiction/ARD

Toni Schmidt (Mercedes Müller) wird durch ihre Arbeit für einen Nachrichtendienst mit Geheimnissen ihrer Familie konfrontiert.

Junge Frau zwischen den deutschen Geheimdiensten

Freund oder Feind?

Die ARD-Serie „Bonn – Alte Freunde, neue Feinde“ führt zurück in die 1950er-Jahre. Anhand wahrer geschichtlicher Begebenheiten schildert sie den Aufbau der deutschen Nachrichtendienste.

Anders als viele andere junge Frauen entscheidet sich Toni Schmidt bewusst gegen ein Leben als Ehefrau und Mutter. Sie nimmt eine Stelle bei der „Organisation Gehlen“, dem Vorgänger des Bundesnachrichtendienstes, an. Schnell gerät sie ins Visier des Bundesverfassungsschutzes, und damit mitten in die verdeckten Grabenkämpfe zwischen den beiden deutschen Geheimdiensten.

„Bonn – Alte Freunde, neue Feinde“ läuft ab dem 17. Januar um 20.15 Uhr im Ersten und ist vorab in der ARD-Mediathek verfügbar.

Caroline Frier nimmt das Leben mit Humor

Rheinische Frohnatur

Bekannt wurde die Schauspielerin durch die RTL-Serie „Alles was zählt“. Auch in Verfilmungen nach Rosamunde Pilcher wirkte sie mit. Am 16. Januar feiert Caroline Frier ihren 40. Geburtstag.

Gute Laune wurde ihr bereits in die Wiege gelegt. Wie die gebürtige Kölnerin einmal verriet, habe ihre Mutter ihr beigebracht, sich selbst nicht so ernst zu nehmen. Das gilt wohl in gleichem Maße für ihre ältere Schwester, die Komikerin Annette Frier.

Caroline Frier entdeckte schon als kleines Kind ihre Begabung dafür, andere zu unterhalten. Ihr Talent setzte sie gezielt ein – etwa, wenn ihre Eltern Besuch hatten. Um nicht zu früh ins Bett geschickt zu werden, lieferte die Dreijährige dann diverse Tanz- und Gesangseinlagen ab.



Foto: Revierfoto/IMAGO

Im Fernsehen sorgt Caroline Frier gerne für Lacher.

www.sovd.de



Foto: Starface/IMAGO

Bei der Verleihung des französischen Filmpreises César wusste Omar Sy im letzten Jahr auch als Tänzer zu überzeugen.

Der Sohn afrikanischer Eltern kam in einem Vorort von Paris zur Welt. Ursprünglich wollte er als Ingenieur für Heizungstechnik im Senegal arbeiten. Dann aber kam alles anders – und vor allem besser.

Dabei hätte es für Omar Sy auch anders laufen können. Denn als ihm zwei Männer eine Filmrolle anboten, wehrte er ab. Er sagte, er sei gar kein richtiger Schauspieler. Darauf erwiderten die beiden, sie seien auch keine richtigen Regisseure. Vielleicht war gerade dieser Humor der Schlüssel zum Erfolg.

Cindy Berger („Cindy & Bert“) engagiert sich ehrenamtlich in der Seniorenhilfe

Anderen den Alltag verschönern

Sie war Teil des Schlagerduos Cindy & Bert („Immer wieder sonntags“). Vor einigen Jahren dann zog sie zunächst in die WG ihrer Tochter. In Berlin betreut sie unter ihrem echten Vornamen Jutta allein lebende Senior*innen. Am 26. Januar begeht die Sängerin Cindy Berger ihren 75. Geburtstag.

Nach dem Tod ihres früheren Gesangs- und Lebenspartners Norbert Berger wollte sie zunächst ins Ausland. Doch womit sollte sie sich dort beschäftigen? Nein, Cindy Berger wollte etwas Sinnvolles tun.

Die gebürtige Saarländerin engagierte sich ehrenamtlich für allein lebende Senior*innen. Doch ihre Liebe zur Musik konnte sie nicht so ganz abschütteln. Mit neuem Partner tritt Cindy Berger wieder regelmäßig auf kleineren Bühnen auf. Ihr dankbares Publikum lebt in Alten- und Pflegeheimen.



Foto: Photopress Müller/IMAGO

Das Musical „So, als ob du schwebtest“ nimmt Cindy & Bert auf die Schippe. Daran hatte 2019 auch Jutta „Cindy“ Berger ihre Freude.

Der Schweizer René Baumann (DJ Bobo) behielt trotz Karriere die Bodenhaftung

Exportschlager ohne Allüren

Kürzlich feierte er sein 30-jähriges Bühnenjubiläum – und geht noch immer weltweit auf Tournee. Dennoch blieb er bescheiden. Er weiß, dass hinter seinem Talent vor allem auch harte Arbeit steckt. Am 5. Januar wird der Sänger und Tänzer René Baumann alias DJ Bobo 55 Jahre alt.

Er prägte die elektronische Tanzmusik in den 1990er-Jahren („Eurodance“). Anders als viele Stars dieser Zeit verschwand er jedoch nicht in der Versenkung, sondern tritt als DJ Bobo noch immer in großen Stadien auf.

Es begann zunächst in einem Jugendhaus, in dem René Baumann Platten auflegte. Nach und nach kam der Erfolg als DJ Bobo. Das hat er nicht vergessen. Er erinnert sich auch, wie unbefangen seine Mutter damals mit Fans umging: Sie lud sie zu Kuchen ein und zeigte ihnen bereitwillig sein Kinderzimmer.



Foto: Future Image/IMAGO

Erst im vergangenen Jahr stand DJ Bobo gemeinsam mit Andrea Berg für eine große TV-Show auf der Bühne.